Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 554. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Donnerstag, den 25. November 1880.

Die Stellung der Parteien und Bundesregierungen gegenüber dem Volkswirthschaftsrath.

Unser Berliner =-Correspondent berichtet:

Schon am Freitag wird die Einrichtung des Volkswirthschaftsrathes anläßlich der Debatte über den Etat des Landwirthschaftsministeriums im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden. Die Linke des Hauses, d. h. die Fortschrittspartei und die Secessionisten, werden voraussichtlich der eben nicht zustimmenden Kritik Ausdruck geben, welche hier vielfach in der öffentlichen Meinung hervorgetreten ist. Die Stellung des Centrums kennt man noch nicht. Die Fractionen der Rechten, wohin wohl auch die Fraction v. Bennigsen zu zählen, scheinen für die Einrichtung eintreten zu sollen. Für die letztgenannte Fraction wird zweifellos der Umstand maßgebend sein, daß es sich um das eigenste Werk des Fürsten Bismarck handelt.

Inzwischen soll Anfang des nächsten Monats der Volkswirthschaftsrath seine Thätigkeit beginnen und zwar mit der Vorprüfung der volkswirthschaftlichen Entwürfe des Fürsten Bismarck, die nach erhaltenem Gutachten des Volkswirthschaftsraths an die Bundesregierungen und später an Bundesrath und Reichstag gelangen sollen. Unsere neulichen Andeutungen über die Abneigung der Regierungen gegen den Volkswirthschaftsrath gewinnen volle Bestätigung. Man wird es erleben, daß der Uebertragung der Einrichtung auf das Reich erhebliche Schwierigkeiten entgegentreten möchten.

Der △-Correspondent schreibt uns:

Als beim Etat für die Landwirthschaft die Verhandlung vertagt wurde, kündigte die Fortschrittspartei an, daß sie an die Ausgabe-Position des Gehaltes des Landwirthschaftsministers eine eingehende Besprechung der neuen Verordnung über den Volkswirthschaftsrath anknüpfen werde. Diese Besprechung wird demnach am Freitag stattfinden. Die Fortschrittspartei ihrerseits hat den Gegenstand in einer gestrigen Fractionssitzung berathen. Man war einstimmig der Ueberzeugung, daß der Volkswirthschaftsrath durchaus keinen Nutzen bringen könne, vielmehr nur die Verantwortlichkeit der Minister schwäche und dem Reichskanzler eine neue Handhabe gebe, jede neue Idee volkswirthschaftlicher Gesetzgebung auch gegen die Ansicht der Minister mit dem Nimbus sachverständiger Autorität zu umgeben, um sie mit aller Macht durch Bundesrath und Volksvertretung durchzudrücken. Auch darüber, daß die Verordnung mit der preußischen Verfassung nicht vereinbar ist, kann man kaum zweifelhaft sein.

[Berichtigung.] In unserem heutigen Leitartikel hat sich ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Zu Beginn des vierten Absatzes muß es heißen: „Während sie abwesend waren" und nicht: „Während sie aber Feind waren".

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. November.

11 Uhr. Am Ministertische Bitter, Dr. Lucius und Commissarien.

Bei der zweiten Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Erweiterung des Unternehmens der Westholsteinischen Eisenbahngesellschaft durch den käuflichen Erwerb der Eisenbahn von Wesselburen nach Heide und die Contrahirung einer Anleihe von 700,000 Mark zu Lasten der genannten Gesellschaft, beantragt der Referent der Justizcommission, Abg. Spener, die unveränderte Annahme der Vorlage; der Ankauf der bezeichneten Strecke sei schon perfect geworden. Es handle sich nur um eine nachträgliche Gutheißung dieses Geschäftes. Der Staat sei als Actionär bei der betreffenden Gesellschaft betheiligt und das Votum der Staatsregierung sei von der Zustimmung des Landtages abhängig gemacht. Da zur Zeit der Generalversammlung das Votum desselben nicht eingeholt werden konnte, so enthielt sich der Vertreter des Staates der Abstimmung. Der Beschluß der Generalversammlung erzielte aber auch ohne die Betheiligung der Stimmen des Staates die nöthige Zweidrittelmehrheit.

Abg. Berger ist mit dem Commissionsantrage einverstanden, bittet aber den Minister, eine Aenderung des Statuts der betreffenden Gesellschaft dahin veranlassen zu wollen, daß eine Generalversammlung zu derartigen Beschlüssen nicht eher einberufen werden dürfe, ehe nicht über das Votum des Staates seitens der Landesvertretung eine bestimmte Entscheidung getroffen ist.

Das Haus genehmigt darauf die Vorlage.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten.

Abg. Müller (Frankfurt) hält es für wünschenswerth, daß auch nach rechtsverbindlicher Regelung des Verhältnisses zwischen Realberechtigten und Realverpflichteten beide Betheiligte noch die Vermittelung der Rentenbanken nachträglich in Anspruch zu nehmen in der Lage seien. Geh. Rath Glatzel hält eine derartige nachträgliche Vermittelung für unzulässig, worauf der Entwurf unverändert genehmigt wird.

Darauf beginnt die zweite Lesung des Etats, zunächst des Etats der Domänenverwaltung. Gleichzeitig werden mit ihm berathen die Nachweisungen über die anderweitige Verpachtung der im Jahre 1880 pachtlos gewordenen Domänen und Vorwerke und über den durch Kauf und Tausch in dem Jahre 1879/80 hervorgetretenen Flächen-Zu- und Abgang bei der Domänen- und Forstverwaltung.

Bei dem Titel: Einnahmen aus den Domänen-Vorwerken nimmt das Wort

Abg. v. Minnigerode: Ich habe um so mehr Veranlassung, wie im Vorjahr, einen Blick auf die Erträgnisse aus der Verpachtung der Domänen-Vorwerke und der anderweitigen Verpachtung der 1880 pachtlos gewordenen Domänen-Vorwerke zu werfen, als mir bei der allgemeinen Etatsberathung, als ich die Resultate dieser Uebersicht als nicht besonders günstig bezeichnete, von links zugerufen wurde: „45,000 Mk. mehr!" Diese Thatsache ist ja nicht zu leugnen, aber mit diesem rein ziffermäßigen Plus ist nichts bewiesen. Schon im vorigen Jahre constatirte ich, daß bei dem vierten Theil der Neuverpachtungen ein Rückgang in den Pachtsummen hervortrete. Wie steht das Ding nun heute? Wir haben es überhaupt mit Neuverpachtungen zu thun, die von Ragnit bis Wiesbaden reichen, also durchaus nicht local sind, sondern sich über die ganze Monarchie von Osten nach Westen vertheilen, und uns daher ein Gesammtbild der landwirthschaftlichen Zustände und der zeitigen Erscheinungen bieten, die sich an die Pachtverhältnisse knüpfen. Unter diesen 35 Verpachtungen ergiebt sich nun für dieses Jahr ein noch ungünstigeres Resultat als bisher. Bei 12, also bei ⅓, ist ein ausgesprochener Rückgang in den Einnahmen zu constatiren, bei 8 eine Stagnation, in der Hauptsache ein Beibehalten des alten Pachtpreises und nur bei dem Rest eine Steigerung.

Die Ausfälle durch geringere Verpachtung betragen diesmal 49,000 Mk. und die Erhöhung der Pachtsumme trifft, wie im v. J., nur einzelne durch eine glänzende Industrie getragene Landestheile, z. B. im Regierungsbezirk Magdeburg, speciell in dem Kreise Oschersleben figuriren allein in Emmeringen Ueberpachtungen mit 17,000 Mk., zusammen mit einem Plus von 38,000 Mk., die allein schon den Hauptstamm der Nebenschüsse von 45,000 Mark geben. Was sonst an Mehrerträgen aus den Domänen erzielt ist, war nöthig, um das Defizit in Folge geringer Erträge zu decken. Nun ist das ja nach dem börsenmäßigen Maßstab ganz schön, wenn ich Papiere habe und den Courszettel durchfliege, zu sagen: hier verloren, da gewonnen, ungarische Goldrente verloren, Russen gewonnen. Aber wie kann man da, wo sich ein so eclatanter Rückgang in wesentlichen Landestheilen zeigt, von diesen 45,000 Mk. mit solcher Betonung sprechen und daraus auf günstige Verhältnisse schließen? Wo der lebendige Schmerz der Glieder am Staatskörper hervortritt, da kann ich die börsenmäßige Berechnung nach Plus und Minus, wo schließlich ein Plus übrig bleibt, nicht annehmen. Ich bin sonst allen statistischen Anführungen gegenüber gern kritisch, aber hier treten uns thatsächliche Verhältnisse und praktische wirthschaftliche Ergebnisse entschieden vor die Augen. Anknüpfend an eine Aeußerung des Herrn Ministers für die Landwirthschaft bei der Etatsdebatte, nach welcher er geneigt schien in der Hauptsache die Pachtrückgänge darauf zurückzuführen, daß die bisherigen Pächter zu hoch gepachtet haben, möchte ich hier fragen: zugestanden, daß sie zu hoch gepachtet hatten; aber wann hatten sie zu hoch gepachtet? Damals als sie die Pacht eingingen oder waren die Verhältnisse so schlecht, daß die Pacht in Mißverhältniß zu den Erträgen stand?

Die Domänen werden auf 18 Jahre verpachtet und zu Anfang der 60er Jahre war bekanntlich gerade durch die guten nachhaltigen Preise des Weizens speciell im Osten eine nachhaltige Steigerung der Rente erzielt. Ich weiß deshalb nicht, ob es absolut richtig, es so auszusprechen: daß damals durch gegenseitiges Ueberbieten ungesunde Verhältnisse geschaffen und nicht in der Hauptsache — in einzelnen Fällen mögen solche Verhältnisse vorgelegen haben — bessere Pachtpreise durch die Conjunctur erzielt sind und jetzt nach 18 Jahren durch die allgemeinen andern Verhältnisse die damaligen Pachtpreise unverhältnißmäßig hoch erscheinen. Wer den Verhältnissen näher steht, findet ja auch begreifliche und illustrative Momente genug. Wirthschaftskosten und Löhne sind sehr wesentlich, vor allem sind die Lasten, die Kreis- und Communallasten, die Aufwendung für Chausseezwecke ganz ungewöhnlich gestiegen, weil selbstverständlich die Möglichkeit eines guten Verkehrs die Basis jedes Erwerbslebens ist. Im Mißverhältniß dazu steht andererseits, und das kann nicht oft genug hervorgehoben werden, eine wesentliche Verschiebung der Preise durch eine energische Concurrenz des Auslandes und nach der Richtung hin begrüße ich wenigstens als ein bedingtes Abhilfsmittel die Zollgesetzgebung, weil das Urtheil über die Kornzölle immer übertrieben war. Ich habe sehr häufig in Privatgesprächen bemerkt, daß man von einem ungeheuer hohen Roggenzoll träumt und darauf die Theuerung des Brotes zurückführt. Aber Eines haben wir erreicht, daß wir eine einseitige Speculation auf diesem Gebiete ausgeschlossen haben und unsere Handelsplätze, wenn wir auch die ausländische Concurrenz nicht beseitigen können, doch nicht mehr als Speculationsstapelplätze dienen.

Man ist in liberal-wirthschaftlichen Kreisen selbst soweit gegangen, zu sagen: warum versteht der Landwirth nicht zu wirthschaften? Ich bitte Sie, auf mein Zeugniß darin etwas zu geben. Ich bin vor 16 Jahren aus dem blühenden Sachsen nach Ostpreußen eingewandert und kann versichern, daß sich in diesen 16 Jahren die Provinz halb verändert hat. Sie hat einen so ungeheuren wirthschaftlichen Aufschwung genommen, es sind so viele Betriebsmittel hineingesteckt, Intelligenz und Streben hat sich im kleinen wie im großen Grundbesitz so gesteigert, daß nach der Richtung ein solcher Vorwurf ungerechtfertigt ist. Aber trotz aller dieser Anstrengungen haben wir uns in der Hauptsache nur in einer gewissen Höhe erhalten können, und wo diese Anstrengungen durch Aufwendung von höheren Capitalien nicht möglich waren, trat trotz aller Intelligenz des Landwirthes ein Rückgang ein. Gegenüber dem Westen und den diesen Verhältnissen ferner stehenden Großstädten kann nicht oft genug hervorgehoben werden, daß die Landwirthschaft für einen großen Theil der westlichen und östlichen Provinzen die Basis des ganzen Erwerbslebens ist, die eigentlich nährende Mutter, von der alles Andere gespeist wird. Unsere Industrie ist wenig entwickelt, unterirdische Bodenschätze fehlen uns; um so mehr sind wir darauf angewiesen, uns die oberirdischen zu eigen zu machen, und es ist eine gerechte Forderung im Sinne des Gesammtstaates, wenn man für die Landwirthschaft eine Berücksichtigung in Anspruch nimmt.

Es ist sehr bedauerlich, daß gerade im Osten ein gewisser Gegensatz zwischen den großen Handelsstädten und unserer Landwirthschaft besteht. Aber die Herren mögen mir nicht verübeln, wenn ich sage: die großen Handelsstädte sind in der Hauptsache die Vermittler des Transits, sie haben einen internationalen Charakter, während unsere große überwiegende Landwirthschaft die Naturkraft des Landes vertritt und einen nationalen Charakter hat. Daher mögen sie sich nicht so sehr beklagen, wenn, nachdem sie lange unter einer einseitigen Gesetzgebung florirt haben, jetzt, durch den Einfluß der Landwirthschaft bedingt, das Verhältniß sich umgedreht hat. Daß das Wohl und Wehe der kleinen und Mittelstädte ganz mit dem unserigen und dem der umwohnenden Landbevölkerung zusammengewachsen ist, brauche ich nicht erst zu sagen. Die Domänen geben ganz eminent einen Maßstab für die Chancen und Conjuncturen der Landwirthschaft ab; denn wir haben es in ihnen nicht mit subhastirten und verschuldeten Gütern zu thun, sondern mit Staatseigenthum, das auf das Sorgfältigste beaufsichtigt, bewirthschaftet, in gebäulichen Verhältnissen gepflegt wird, während zugleich die Zahlungsfähigkeit und Kapitalkraft des zeitweiligen Pächters sehr vorsichtig geprüft wird. Zum Schluß noch eine Bitte an den Herrn Minister: Es wäre nämlich doppelt instructiv und die Ziffern der bisherigen und der neu erzielten Pachteinnahmen würden noch lebendiger wirken, wenn man bei allen Domänen jeder Zeit genau übersehen könnte, für welche Pachtzeit sie bisher bezahlt waren, zumal noch heute ein Theil der Domänen weit über 18 Jahre, sogar bis zu 30 und 40 Jahren verpachtet ist. Selbstverständlich hat die Steigerung des Pachtpreises bei Neuverpachtungen nach Ablauf einer langen Pachtzeit lange nicht die Bedeutung, als nach Ablauf einer kürzeren. Zugleich wäre es erwünscht, bei Aufstellung dieser Uebersicht auch die Bemerkung mit aufzunehmen, für welche Zeiträume die bisher gezahlte Pacht lief.

Minister Dr. Lucius: Es bietet keine Schwierigkeiten, der von dem Vorredner ausgesprochenen Bitte nachzukommen, und soll das auch künftig geschehen. Ich glaube nicht, seiner Zeit hervorgehoben zu haben, daß sich die Landwirthschaft in einem Uebermaße von Prosperität befände, ich habe nur festgestellt, daß augenblicklich keinesfalls eine Verschlechterung stattgefunden hat, sondern eher eine Wendung zum Besseren. Ich habe ferner constatirt, daß in Provinzen mit reich entwickelter Landwirthschaft, wie in Sachsen, einzelne Pachtpreise den Culminationspunkt überstiegen haben, daß dagegen anderwärts ein Rückgang stattgefunden hat. Wenn man annehmen kann, daß die Preisschwankungen für Nahrungsmittel in langen Zeiträumen eine allmälig ansteigende Linie beobachten, so sind dies Wellenlinien, bei denen nur die Spitze steigt; ein ähnliches Verhältniß bieten die Pachtpreise dar. Die Mehreinnahmen aus den Domänen werden mäßig steigende bleiben, insbesondere, weil eine Reihe sehr langjähriger Pachtungen inzwischen zu Ende geht. Früher wurden Pachtungen bis zu 50 Jahren gewährt. In diesen Fällen wird die Differenz bei der Neuverpachtungen gegen den früheren Satz eine erheblich größere sein. Zudem sind fast auf allen Gebieten seitens der Regierung Fortschritte erfolgt, um eine Wendung zum Besseren zu bewirken. Der Hebung der Communicationsanlagen, dem wissenschaftlichen Unterrichtswesen, dem Meliorationswesen ist gute Pflege zu Theil geworden. Dadurch, daß die Verwaltung der Domänen und Forsten mit dem landwirthschaftlichen Ministerium vereinigt ist, ist es möglich geworden, die allgemeinen Gesichtspunkte mehr in Rücksicht zu ziehen. Ich mache natürlich damit keinen retrospectiven Vorwurf gegen die frühere Verwaltung. Ich erinnere auch daran, wie nachtheilig die Differentialtarife zu Ungunsten der heimischen Production der Landwirthschaft gewirkt haben. Man kann es der Staatsverwaltung der Eisenbahnen nur danken, daß sie durch ihre Tarifpolitik die Begünstigung der auswärtigen Märkte auf das richtige Maß zurückgeführt hat. Ebenso günstig hat die Zollpolitik gewirkt. An der allmäligen Besserung der Verhältnisse wird demnach die Landwirthschaft ihren wesentlichen Antheil haben. (Beifall.)

Abg. v. Ludwig: Wenn ich heute einen Blick über das ganze Haus werfe, so muß ich constatiren, daß es sehr leer ist. (Rufe: „die rechte Seite!") Ich constatire dies heut zum zwanzigsten Mal. Zu meiner großen Freude sehe ich aber den Abg. Richter. (Heiterkeit.) Ich glaube, wenn Herr Richter einst im Sterben liegen wird und einer seiner Freunde ruft ihm das Wort „Roggenzoll" in die Ohren, dann steht er noch einmal auf und debattirt über das Brot des armen Mannes. (Heiterkeit.) Der eigentliche Grund, weshalb ich mich zum Wort gemeldet habe, ist ein Artikel in der „Vossischen Zeitung" vom 18. November d. J. Derselbe knüpft an die Darstellung des Herrn Ministers in der Sitzung vom 15. November d. J. an und beklagt sich über das Geschrei der Agrarier über die „schlechte" Lage der Landwirthschaft. Daran sei, wie der Artikel ausführt, nach der Besprechung des Ministers kein wahres Wort. Der Artikel hat aber die Rede des Ministers nicht vollständig berücksichtigt und ich bitte den Referenten, wenigstens von der heutigen Erklärung des Ministers Notiz zu nehmen. (Heiterkeit.) Ich halte es nicht für richtig, aus dem Umstande, daß die Pachtpreise heute dreimal so hoch sind, wie vor 30 Jahren, den Schluß zu ziehen, daß eine wirkliche Besserung eingetreten sei. Wenn ich meine Schuhmacherrechnung von heute mit der vor 30 Jahren vergleiche, das Schulgeld von damals mit dem heutigen, die Zulagen, welche ein Referendarius oder Offizier jetzt braucht und damals nöthig hatte, so muß man einsehen, daß der Werth des Geldes mindestens um das Dreifache gefallen ist. Auch die Ausführung, daß die Neuverpachtungen ein Plusergebniß von 45,000 Mark erzielt hätten, ist bedeutungslos; denn da, wo die Pachtpreise gestiegen sind, ist dies besonders durch Pachtungen des Militärfiscus zu Remontedepots bewirkt worden. In welchem Verhältniß standen übrigens die damaligen Amtsräthe zu den heutigen Domänenpächtern? Die Amtsräthe von damals waren gesicherte Existenzen, die Geld, Zeit und Muße hatten, sich um das allgemeine Wohl zu bekümmern. Daß dagegen von den heutigen Domänenpächtern viele bankerott werden, beweist der vorliegende amtliche Nachweis. Ich glaube nicht, daß die jetzt übliche kürzere Verpachtungszeit dem Staatsgrundbesitz nicht zuträglich ist.

Abg. Dirichlet: Der Abg. von Ludwig sagt, er habe heute zum zwanzigsten Male die Leere des Hauses constatirt bei Debatten wie der heutigen. Ich habe mich der Mühe dieser calculatorischen Berechnung noch nicht unterzogen. Der heutige Vorwurf des Abgeordneten von Ludwig ist aber ein zweischneidiges Schwert. Ein Unbefangener hätte ihm gesagt, wenn er sich im Hause umgesehen hätte, auf welcher Seite die Mehrzahl der leeren Plätze ist. (Heiterkeit.) Die Art, wie hier Interessenvertretung getrieben wird, kann allerdings dazu beitragen, daß derartige Etatsberathungen nicht diejenige Theilnahme finden, welche sie sonst finden würden. Es ist ein gutes Zeichen, wenn die Localschmerzen, die bei jeder Gelegenheit ausgekramt werden, weniger im Hause dasjenige Interesse finden, das die Herren wohl wünschen möchten. Es ist ein Zeichen dafür, daß wir eine Volks-, nicht eine Interessenvertretung sind. Wenn der Vorredner, gestützt darauf, daß Referendarien und Offiziere drei Mal so viel Zulage gebrauchen, als früher, einen Schluß auf die Verringerung des Werthes des Geldes gezogen hat, so muß ich dagegen constatiren, daß die Frage, um wie viel der Werth des Geldes gesunken sei, zu den schwierigsten Fragen der Volkswirthschaft gehört, und daß ihre Lösung noch keineswegs gelungen sei. Wenn es dem Vorredner gelungen ist, aus den Zulagen der Offiziere auf die Lösung der Frage zu schließen, so wird die Volkswirthschaft ihm dafür gewiß Dank wissen. (Heiterkeit.) Was die Wirkungen der Handelsreform, die ich lieber eine Handelsdeterioration nennen möchte, betrifft, so ist es schwer, zu beweisen, daß die Landwirthschaft geschädigt wird, wenn die Absatzplätze derselben, statt herunterzugehen, vermehrt werden. Ich bitte dringend, die Budgetdebatte als das zu betrachten, was sie ist, und nicht immer große allgemeine Fragen ins Haus zu werfen. Was hat die Domänenfrage mit der Zoll- und Steuerreform zu thun? Sehr wenig. Ein derartiges Verfahren steht am allerwenigsten Denen an, die ihre volkswirthschaftlichen Anschauungen in wenigen Jahren in das diametrale Gegentheil verwandelt haben. Wenn Sie sich wirklich einbilden, auf dem Wege der Gesetzgebung die Verkehrsverhältnisse, die Conjuncturen zu reguliren, dann, glaube ich, haben Sie für das, was das wirthschaftliche Leben erfordert, eine nicht ganz richtige Vorstellung.

Abg. Grumbrecht: Auch ich beklage die Interessenvertretung, die hier zu Tage tritt. Ich gestehe, daß ich noch in keiner Zeit meines Lebens so sehr von dem ganzen Treiben im öffentlichen Leben angewidert bin, als jetzt. (Unruhe rechts. Sehr wahr! links.) Ich kenne die Verhältnisse der Landwirthschaft seit 50 Jahren. Ich bin Mitglied landwirthschaftlicher Vereine und habe auch selbst Landwirthschaft getrieben. Wie man den früheren Verhältnissen gegenüber von einem Rückgange der Landwirthschaft sprechen kann, ist mir undenkbar. Speciell in Hannover hat kein Gewerbe, kein Betrieb größere Fortschritte gemacht als die Landwirthschaft: sie prosperirt dort in höchstem Grade. Die Bauern leben dort so, wie vor dreißig Jahren die Gutsbesitzer. Auch die Bauern in Braunschweig schicken ihre Kinder auf das Gymnasium. In vielen Dörfern Braunschweigs finden Sie ferner Pianos und Sophas in den Zimmern, und während sie früher auf Leiterwagen fuhren, benutzen sie jetzt Jagdwagen. Ebenso ist es mit der Lage des vierten, des Arbeiterstandes. Auch dieser hat sich gehoben. Auf eine allgemeine Hebung der Lebensverhältnisse läßt auch bekanntlich der vermehrte Gebrauch der Seife schließen. In der jetzigen schweren Zeit ist es von Erheblichkeit, daß die Mehrerträge aus den Domänen um 45,000 M. gestiegen sind. Ich habe eine Menge Verpachtungen realisiren sehen, und kann constatiren, daß jetz mindestens das Dreifache an Pachtzins gezahlt wird, als vor 30 Jahren. Die statistischen Berichte aus Mecklenburg weisen in diesem Zeitraum gleichfalls eine colossale Steigerung der Pachterträge auf. Die Bauern sind keineswegs die Parias, als die sie hingestellt werden. Mögen wir bei Allem nur das allgemeine Interesse im Auge haben, nicht das Interesse des Einzelnen.

Abg. v. Minnigerode: Der Abg. Dirichlet hat den ersten Tag der Specialdebatte in etwas eigenthümlicher Weise eingeleitet. Er hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich hier allgemeine Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht habe, und doch hat sein Fractionsgenosse bei der Generaldebatte über das Budget als der erste Redner die weittragendsten wirthschaftlichen Gesichtspunkte in das Haus geworfen! Da wollen Sie uns bei der Specialdebatte das Streifen allgemeiner Gesichtspunkte verschränken, als mit den Usancen des Hauses in Widerspruch stehend? Ich glaube doch in der Hauptsache nur mit den vorliegenden Zahlen plaidirt zu haben. Was kann ich dafür, daß dieselben dem Abg. Dirichlet noch unerfreulicher sind als mir, und er sie am liebsten todtschweigen möchte? Ich wundere mich um so mehr, als ich in dem Abg. Dirichlet einen wirthschaftlichen Genossen mit mir weiß, der die Verhältnisse im Osten so gut kennt wie ich. Dann ist wieder mit dem Schlagwort „Interessen" vorgegangen worden. Im Norden und Osten ist die Landwirthschaft unser Ein und Alles. Wie kann man da von Interessen reden? Es sind nicht unsere Interessen, das sind die maßgebenden Interessen! (Sehr richtig!) Die politischen Schlagworte verfangen gegenüber unseren heutigen Forderungen nicht mehr. Die Zeiten des Großgeldcapitals sind vorbei; ich habe sie mit erlebt; da wurde Alles stillschweigend erledigt, freilich nicht in unserem Sinne, und der Erfolg hat ihnen wahrlich nicht Recht gegeben. (Beifall.) Die Ausführungen des Abg. Grumbrecht bezüglich Hannovers kann ich mangels Material nicht widerlegen; aber in Mecklenburg ist nach meinen Nachrichten die Landwirthschaft in den letzten Jahren zurückgegangen, in den guten Theilen Hannovers und in Braunschweig herrschen überdies exceptionelle Verhältnisse, und wir würden es dankbar annehmen, wenn der Glanz, der dort auf der Landwirthschaft liegt, auf unseren Norden und Osten reflectirt. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer! Gegenüber jenen Auffassungen war ich doppelt berechtigt, hier die allgemeinen Gesichtspunkte zur Sprache zu bringen. (Beifall.)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich will Ihnen folgende Zahlen vorlesen, aus denen sich ergiebt, daß die Lage der Landwirthschaft im Westen eine andere ist als im Osten. Nach der vorjährigen Nachweisung sind im Osten — ich rechne dazu Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien — die Pachtpreise pro Hectar von 24 auf 26 Mark gestiegen; in diesem Jahre ist der Preis um ½ Mark heruntergegangen. Im Westen waren im Vorjahre die Preise von 55 auf 86 Mark heraufgegangen, in diesem Jahre von 61 auf 72 Mark. Die Landwirthschaft im Westen ist also immer noch besser daran, obwohl sie auch dort im Rückgange ist.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Mir ist es nicht recht verständlich, wenn der Abg. Dirichlet sagt, wir seien eine Volksvertretung und keine Interessenvertretung. Ich möchte wissen, wie er sich die Vertretung des Volkes denkt, ohne seine Interessen zu vertreten. (Heiterkeit.) Die Herren, welche An-

hänger des Freihandels sind, werden sich doch wohl nicht scheuen, den Freihandel hier als Frage zu vertreten, und damit vertreten sie Interessen. Es ist ein großer Fehler gewesen, daß die Interessen bisher hier so einseitig vertreten waren, daß man den Grundbesitz ganz und gar übersehen und vergessen hat. Endlich — auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird — hat sich der Grundbesitz aufgerafft und auch seine Interessen vertreten. Bisher herrschte hier immer nur das Interesse des Capitals. Wenn den Abg. Grumbrecht dieses Verhältniß anwidert, so kann ich ihn nur fragen, warum zieht er sich nicht ganz von diesem Kriegsschauplatze zurück? Ich würde allerdings bedauern, meinen verehrten Nachbar zu verlieren, habe aber sonst nichts dagegen. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete sagte, er sei Mitglied eines landwirthschaftlichen Vereins; ich kann ihm aber versichern, daß es viele Mitglieder landwirthschaftlicher Vereine giebt, die von der Landwirthschaft absolut gar nichts verstehen. (Heiterkeit.) Die Fortschritte, welche die landwirthschaftliche Technik gemacht hat, haben die Lage der Landwirthschaft nicht gebessert. Es ist hier ähnlich gegangen, wie beim Handwerk. Auch die Industrie ist bedeutend fortgeschritten, die Klagen der Handwerker haben aber zugenommen.

Der Abgeordnete sagt, die Bauern leben jetzt besser. Ja, man lebt jetzt im Allgemeinen besser. Ob das gerade ein Fortschritt ist, ist sehr zu bezweifeln. (Sehr wahr!) Der Luxus, wie wir ihn jetzt in allen Klassen haben, ist ein Rückgang im eigentlichen Sinne. (Sehr wahr!) Eine Folge davon ist die tiefe Verschuldung des Grundbesitzes. Möge der Abgeordnete sich die Verschuldung des Grundbesitzes heute und vor 40 Jahren ansehen und er wird ein recht trauriges Bild von der Lage des Grundbesitzes empfangen. Ist denn das bessere Leben ein Fortschritt? Da verpachten wohl die Grundbesitzer ihre Ländereien zur Zuckerrübenfabrikation, haben ein Paar Jahre lang recht schöne Einnahmen, ziehen in die Stadt und lassen Frau und Töchter in Sammt und Seide gehen; wenn sie aber nachher zurückkommen, können sie auf ihren Ländereien keinen Roggen oder Weizen mehr bauen. Ob sich die Arbeiter jetzt mehr mit Seife waschen, als früher, ist schwer festzustellen; wohl klagen aber die Arbeiter jetzt mehr über Hunger, als früher, und diese Klagen sind nicht unberechtigt; denn während sie früher in patriarchalischen Verhältnissen standen, stehen sie jetzt unter dem eisernen Lohngesetze. Das ist eine Folge der liberalen Oekonomie. (Oho! links.) Die Pachtpreise sind, wie ich dem Abg. Grumbrecht gegenüber constatire, erheblich herabgegangen, namentlich in meiner Heimath (Westfalen). Das ist ein bestimmter Beweis dafür, daß die Lage des landwirthschaftlichen Betriebes ungünstiger geworden ist. Für den Grundbesitz — von dem man in dieser Beziehung die Landwirthschaft unterscheiden muß — ist die Gesetzgebung der letzten 50 Jahre enorm nachtheilig gewesen, weil man ihn nicht genügend berücksichtigt hat. Allerdings müssen Landwirthschaft, Industrie und Handel Hand in Hand gehen. Eines fördert den Wohlstand des anderen. Deswegen muß ich aber jetzt für die bisher geschädigten Interessen des Grundbesitzes eintreten. Die Landwirthschaft kann nicht prosperiren, wenn sie nicht von einem soliden Grundbesitz getragen wird. (Beifall.)

Abg. Richter: Die Generaldiscussion des Etats war die richtige Stelle für allgemeine Ausblicke auf die gesammten wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse. Wenn Sie nun, unzufrieden mit dem Eindrucke Ihrer damaligen Reden, jetzt nachholen, was Ihnen damals nicht eingefallen ist, so werden Sie uns jederzeit auf dem Platze finden, die allgemeine Discussion wieder aufzunehmen, haben aber kein Recht, sich zu beklagen, wenn sich diese Specialdiscussion in die Länge zieht. Fern sei es von mir, zu behaupten, daß sich alle Klassen der Bevölkerung und auch die Landwirthe in der glücklichsten Lage befinden. Nein, wir wünschen auch eine Besserung dieser Verhältnisse, und ich bin nicht unglücklich darüber, daß die Unzufriedenheit hervortritt, aus der die Energie, sich selbst zu helfen, erwächst. Vermeiden müssen wir aber, diese Unzufriedenheit gegen den Staat zu kehren, und bei den Leuten die Einbildung zu erwecken, als ob Conservative, Centrum oder wer sonst immer im Stande wären, durch ihre Wirthschafts-, Eisenbahnpolitik u. dergl. die Landwirthschaft in eine andere Lage zu bringen. Nein, m. H., das vermag im Großen und Ganzen weder der Freihandel noch die Schutzzollpolitik, diese Verhältnisse richten sich nach natürlichen Gesetzen, auf die der Majorität dieses Hauses oder der Staatsregierung durchaus nicht ein solcher Einfluß zusteht, wie man ihn vielfach darstellt. Wir freuen uns, daß gerade die großen Klassen der Bevölkerung zu besseren Lebensverhältnissen gelangt sind, denn das ist das Kennzeichen des Fortschritts, nicht daß die Rittergutsbesitzer ihre Güter in ihrem Werthe steigern, ohne daß sie etwas dazu thun. Allerdings ist diese Besserung bei dem Arbeiterstande in einem höheren Maße als früher der Fall, und nicht zum wenigsten verdanken wir das der Freizügigkeit, die aber nicht vom Jahre 1871 oder 1867 datirt, sondern die die alte preußische Gesetzgebung schon im Jahre 1842, sogar noch etwas weitergehend eingeführt hat.

Man muß sehr viele Broschüren der Agrarier gelesen haben, wenn man fortgesetzt den Schnitzer macht, die Freizügigkeit mit der neuen Gesetzgebung in Verbindung zu bringen. Die Freizügigkeit hat die Leute nicht unter das eiserne Lohngesetz gebracht, sondern sie der eisernen Gewalt der Arbeitgeber am Ort entzogen. Denn wenn die Leute von dem Ort nicht fort konnten, dictirten die Arbeitgeber den Lohn und wahrlich, viele Leute haben auf dem Lande unter diesen Verhältnissen mit einem wahren Hungerlohn in Löchern von Wohnungen, die eher für Thiere geeignet waren, als für Menschen, leben müssen. Jetzt können die Arbeiter dahin gehen, wo ihnen der beste Lohn geboten wird, wo sie die Verwerthung ihrer Arbeitskraft, das einzige Capital, was der arme Mann hat, am besten finden können. Sprechen Sie nicht immerfort von dem Besitz, sondern von den Leuten, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, welche jetzt gerade durch die reactionäre Tendenz, die in der Niederlassungs- und Gewerbegesetzgebung hervortritt, überall beschränkt wird. Diese ganze Richtung hat eine social-aristokratische Richtung, sie hat die Tendenz, dem Capital und Großgrundbesitz zu Vorrechten zu verhelfen. M. H., die Großgrundbesitzer sagen, es hat nicht das Verständniß in den parlamentarischen Körperschaften für die Interessen des Grundbesitzes geherrscht. Schmeichelhaft ist das wenig! Welcher Stand ist denn im Parlament mehr vertreten, als gerade der Grundbesitz, die Landwirthschaft und der Großgrundbesitz. Wie kommt es denn, daß diese Herren erst angeblich ein Verständniß für die Landwirthschaft besitzen, seitdem der Reichskanzler Fürst Bismarck eine andere Richtung aufgestellt und behauptet hat, die Interessen seien bisher vernachlässigt worden? Es ist von dem Abgeordneten Grumbrecht gesprochen worden, als ob er von der Landwirthschaft nichts verstände. Er hat nur einen anderen Ton angeschlagen als mein College Dirichlet, versteht der etwa auch nichts davon? Wenn man den Abgeordneten v. Minnigerode hört, sollte man meinen, er habe ein Recht, hier im Namen von Ost- und Westpreußen die landwirthschaftlichen Interessen zu vertreten.

Nun, m. H., der Provinziallandtag von Ost- und Westpreußen hat fast einstimmig die entgegengesetzte Ansicht auf die Richtung der Wirthschaftspolitik zur Landwirthschaft ausgesprochen. Dem gegenüber muß eine so große Autorität, wie die des Abg. v. Minnigerode — die übrigens erst drei Jahr alt ist, denn der Herr hat vorher eine andere Meinung vertreten — die Segel streichen. Gewiß, wir sollen die Interessen vertreten, aber die allgemeinen und müssen die Gesammtwirkung der Gesetze zusammenfassen. Nach meiner Meinung sind alle Interessen mit einander harmonisch und der Widerstreit derselben kommt daher, daß man das einseitige Interesse schlecht versteht und nicht das große Ganze der Volkswirthschaft ins Auge faßt. Ist dies denn nicht bei dem Kornzoll der Fall? Die Statistik beweist, daß der Export im Weizen stärker ist als der Import, und daß nach der Richtung gerade der Handel das vollständigste Interesse am Freihandel hat, daß ferner Deutschland nicht im Stande ist, selbst den Roggen zu beschaffen, den es für sich verbraucht. Der Herr Minister hat neulich ausgeführt, die Ernte sei gar nicht so ungünstig, aber man müsse trotzdem einen so großen Zuschuß vom Auslande haben, und während man früher es so darstellte, als ob die Ausländer uns willkürlich den Preis auferlegten und den Roggenzoll auf ihre Kosten übernehmen müßten, geht aus den Ausführungen des Ministers hervor, daß in dem Maße, wie im Auslande das Getreide mißrathen ist, wir der Steigerung des Preises folgen müßten, weil wir jene Quantitäten von Roggen von dem Auslande haben müßten. Der Abg. v. Minnigerode hat wieder gesagt, ja sonst hätten die Roggenzölle weiter keinen Zweck gehabt, als gewisse Platzspeculationen zu hindern. Lauter Widersprüche: Bald heißt es, diese für die Landwirthschaft segensreiche Wirthschaftspolitik, bald soll sie keinen anderen Zweck gehabt haben, als die Verhinderung der Platzspeculationen.

Ich will Ihnen sagen, was erschwert wird. Im Gegentheil, die Preise werden jetzt auf- und abgeworfen durch Lähmung der Speculation. Was ist Speculation? Es ist die Voraussicht, wie sich die Verhältnisse in einer gewissen Zeit gestalten werden, wonach man sich rechtzeitig mit Ein- und Ausfuhr einrichtet. Dadurch gerade wird die Wellenbewegung im Preise verringert und es tritt größere Gleichmäßigkeit ein. Sieht man voraus, daß die Vorräthe nicht reichen werden für eine gewisse Zeit, dann wird schon heute angekauft und tritt schon heute diese Preiserhöhung ein, die sonst stärker in einer späteren Zeit eintritt. Jetzt ist die Speculation eingeschränkt und die Folge davon ist, daß nun nothwendig das zu viel eingeführte Getreide nicht im Auslande, sondern im Inlande verkauft werden muß und dadurch ein Druck herbeigeführt wird und so kommt es denn auch, daß wir nun plötzlich im Augenblick, wo der unmittelbare Bedarf hervortritt, das starke Steigen der Preise haben, wie wir es im Mai und Juni erlebt haben, während bisher die Entwickelung viel gleichmäßiger und deshalb viel ruhiger für Consumenten und Producenten vor sich ging. Sie sprechen von den durch Ihre Politik herbeigeführten Vortheilen der Landwirthschaft, von ihren Lasten sprechen Sie nicht. Ist es denn nicht klar geworden, daß man schwedisches Eisen und alle diese Eisensorten nicht entbehren kann und die Landwirthschaft nothwendig den Zoll bezahlen muß auf diese Sachen? Hat diese wirklich den Vortheil des Getreidezolls umsonst bekommen, hat sie nicht andere Zölle, wie Finanz- und Petroleumzoll u. s. w. aufgepackt bekommen? Der Minister sagte neulich, auf die größte Zahl der kleinen Leute hat die Preisbewegung des Roggens überhaupt keinen Einfluß, weil diese so viel verzehren als produciren, also folglich haben all diese Leute keinen Vortheil durch einen Zoll, wenn auch der Preis in die Höhe getrieben wird.

Das Facit der Rechnung ist das, daß der Vortheil vielleicht nur bei einer gewissen Klasse der Großgrundbesitzer liegt, während der ganze Nachtheil der Politik sich schiebt auf die größere Klasse der kleineren Leute (Widerspruch rechts), der kleinen Landwirthe, Arbeiter und Industriellen. Wenn Sie richtig nachsehen, finden Sie, daß durch die Schädigung des deutschen Exportinteresses auch das Interesse der Großbesitzer nicht damit stimmt, daß auch sie von der gesammten Politik keinen Vortheil haben, weil in der That diese Politik eine solche ist, bei der, wo sie dem Einzelnen vielleicht Vortheile bietet, doch der Nachtheil auf der anderen Seite überwiegt und weil diese Politik unseren gesammten nationalen Wohlstand zurückbringt, die Producenten und Consumenten werden nach jeder Richtung hin beschwert und das ist ein Krebsschaden. Je mehr im Volk jetzt das Fiasco der Wirthschaftspolitik des Kanzlers klarer hervortritt (Unruhe rechts), von Tag zu Tag die Zahl der Anhänger kleiner wird, desto mehr glauben Sie durch lautes Reden hier im Parlament die Stimmen im Lande, die mit jedem Tage unzufriedener werden, übertönen zu können. Das wird Ihnen nicht gelingen! Das Fiasco tritt in einer Weise hervor, wie wir es kaum hätten voraussehen können und das Ende dieser Politik, die Deutschland zu Grunde richtet, ist nahe. (Unruhe rechts.)

Abg. Dirichlet: Herr v. Schorlemer wundert sich, daß ich behauptet habe, wir seien keine Interessenvertretung, sondern eine Volksvertretung; so lange er nicht nachweisen kann, daß Volk und Landwirthschaft identisch sind, ist die Antwort schon gegeben. Wir wollen und sollen die Interessen der Gesammtheit, nicht der Einzelnen vertreten. Wir vertreten auch nicht die Interessen des Freihandels, sondern stehen auf dem Standpunkte, daß eine Abwägung des Gewichtes der einzelnen Interessen über Menschenkraft hinausgeht, deswegen ist es am besten, dem Individuum freien Spielraum zu lassen.

Abg. Grumbrecht hat vorhin von der Steigerung der Erträge der Landwirthschaft in den letzten 50 Jahren, nicht in den letzten Jahren gesprochen. Wenn der Großgrundbesitz sich in einer schlechten Lage befinde, warum verkleinere man ihn denn nicht, wie dies in Hannover der Fall sei. Er beklage, daß man seitens der Domänen-Verwaltung nicht mehr mit Parcellirungen vorgehe. Jedenfalls habe aber Niemand hier im Hause den Großgrundbesitz zu vertreten, sondern nur das gesammte Land.

Abg. v. Ludwig hält daran fest, daß die Interessen des Groß- und Klein-Grundbesitzes identisch sind und kommt nochmals auf den Artikel der „Vossischen Zeitung“, in welchem in Anschluß an die Rede des Ministers Dr. Lucius von der Naturalwirthschaft der kleinen Grundbesitzer gesprochen werde. Möchte man nur allgemeine Naturalwirthschaft treiben! Namentlich sollten die Großindustriellen für ihre Arbeiter Getreide bauen. Der Großgrundbesitz befinde sich in einer großen Krisis, die verschuldet sei durch den Güterschacher, die Hofschlächterei u. s. w. Da sei man wieder mitten in der jüdischen Frage. (Heiterkeit.) Wenn der Vater sterbe, so kämen bei der Erbtheilung die Juden und böten so hohe Summen, daß derjenige Sohn, der das Gut übernehme, durch die Abfindungen an die Geschwister eine große Schuldenlast übernehme. Dazu die ungeheure Concurrenz des Auslandes. Ein fernerer Grund sei die eingerissene städtische Sitte, man mache die Nacht zum Tage und den Tag zur Nacht; das sei für die Landwirthschaft nicht möglich. Eine vollständige Reaction gegen den ganzen liberalen Schwindel sei geboten. Für den Landwirth gelte noch in ganz besonderem Sinne der Spruch: „An Gottes Segen ist alles gelegen!“ Niemand lerne Gott und seinen Sohn Christus so erkennen, wie er. Deshalb sollte die Regierung endlich den scheußlichen Culturkampf aus der Welt schaffen.

Abg. v. Schorlemer: Wie will man denn das Volk anders vertreten, als indem man seine Interessen vertritt? Die Menschen haben nun einmal die Eigenthümlichkeit, daß sie theils in Städten, theils auf dem Lande leben. Der Gedanke der Theilung des Großgrundbesitzes, welchen Grumbrecht ausgesprochen, ist nicht möglich ohne ein Eingehen auf socialdemokratische Grundsätze. (Abg. Dr. Meyer: Aber die Ludwig'schen Projecte?) Die sind Ihnen vielleicht bekannt; ich kenne sie nicht! (Heiterkeit.) Der Abg. Richter meint, man solle nicht die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegen den Staat richten; nun scheint mir aber gerade seine Thätigkeit allein darauf gerichtet zu sein. (Zustimmung rechts.) Eine socialaristokratische Richtung scheint mir aber besser zu sein, als eine socialdemokratische oder socialfortschrittliche, die immer wieder in die erstere umschlägt. Uebrigens haben wir unsere Ansichten in der Zollpolitik seit jeher gehabt und uns nicht nach dem Fürsten Bismarck gerichtet. Das Fiasco der Zollpolitik des Reichskanzlers ist in Wahrheit nur ein Fiasco des Fortschritts und des Abg. Richter in dieser Frage. (Beifall rechts.)

Minister Dr. Lucius: Ich kann nicht auf jeden Zeitungsartikel antworten, will aber mit Rücksicht auf den Abgeordneten v. Ludwig einmal auf den Artikel der „Vossischen Zeitung“ näher eingehen. Bei den von mir gegebenen Zahlen handelte es sich nur um eine vorläufige Erntestatistik, wesentlich um Schätzungsbeträge. Vielleicht ist die Roggenernte etwas überschätzt worden. Aber ich habe nur die Zahlen vorgetragen, wie sie mir zugegangen sind, ungeschminkt und ungefärbt. Wenn ich danach gesagt habe, es bestehe kein Nothstand, so kann man daraus noch nicht folgern, daß ein Ueberschuß hervorgetreten ist: zu einer solchen Ansicht habe ich keine Veranlassung gegeben. Solche Schlußfolgerungen sind sehr zweifelhafte, denn es fehlt uns an einer genauen Getreidestatistik; auch wenn man genau berechnen könnte, wie viel Getreide importirt wird, so kann man doch nicht sagen, wie viel davon zur Ernährung dient, wie viel als Futter und zur Brennerei verwendet wird. Man weiß auch nicht, wie viel denn eigentlich pro Kopf an Getreide verzehrt wird. Man kann also aus den von mir gegebenen Zahlen keine weiteren Folgerungen ziehen.

Damit schließt die Discussion über diesen Titel, welcher genehmigt wird. Beim nächsten Titel: Ertrag von anderen Domänengrundstücken, Mühlen und Fischereien 4,905,076 Mark, kommt Abg. Richter auf die vorige Debatte zurück: M. H., nachdem Sie vorhin die Debatte eröffnet und auch geschlossen haben, nachdem zuletzt wieder ein Redner von Ihnen gesprochen hat, werden Sie mir es nicht übel nehmen, wenn ich die wenigen Worte, die ich Herrn von Schorlemer zu erwidern habe, hier bei diesem Titel nun folgen lasse. Ja, der andere Titel handelte von den großen Grundstücken, dieser von den kleinen. Herr v. Schorlemer hat das eherne Lohngesetz derartig declarirt: es ist das Gesetz, wonach sich die Lage der Arbeiter richtet, nach dem Verhältniß von Angebot und Nachfrage. M. H.! Das macht ja gerade die Freizügigkeit möglich, ohne diese ist wohl das Angebot der Arbeiter da, aber die Nachfrage eine beschränkte. Wenn Herr v. Schorlemer behauptet, seinen Freunden könnte ich nicht den Vorwurf machen, daß sie das, was sie hier vertreten, erst seit einigen Jahren sich zu eigen gemacht haben, so bin ich dazu hauptsächlich durch Herrn von Minnigerode provocirt worden, consequent aber sind sich auch diese Herren nicht geblieben. Z. B. heute tritt Herr v. Schorlemer für den Getreidezoll ein, während er im December vor zwei Jahren sagte: Ich will dem armen Volke das Brot nicht vertheuern. Wenn ich ihm auch zugebe, daß er immer ein Freund des Eisenzolles war, so kann ich doch nicht zugeben, daß seine Freunde immer Schutzzöllner gewesen sind. Nein, meine Herren, es ist gerade das Verdienst des Abgeordneten Windthorst, daß er im Jahre 1873 die Initiative ergriff zu dem Antrag der Aufhebung der Eisenzölle. Auch Herr von Frankenstein hat mit uns im freihändlerischen Ausschuß zusammengewirkt bis kurz vor dem Zollproject des Reichskanzlers. Was den Gegensatz der Interessen betrifft, so werden Sie doch nicht leugnen können, daß in gewissen Grenzen Gegensätze zwischen kleinem und großem Besitz vorhanden sind.

So entspricht z. B. die neue Provinzialordnung bezüglich der Vertretung von Groß- und Kleinbesitz den Interessen des letzteren nicht und das Forstpolizeigesetz ist viel mehr im Interesse des Großgrundbesitzers als im Interesse der kleineren Leute, die bisher unschädliche Nebennutzungen von dem Forst gehabt haben. (Ruf: Zur Sache!) Das gehört zur Sache. es ist mehr Sachliches darin, wie in Ihren Ausführungen, Herr von Ludwig! (Heiterkeit.) Ebenso ist es mit dem zu erwartenden Jagdpolizeigesetz. — Meine Herren, der Bauernstand, soweit er nach wirthschaftlichen Verhältnissen nothwendig auf Grundbesitz angewiesen ist, versteht es nach Sitte und Gewohnheit, sich in diesem Besitz zu erhalten, und gerade nirgends besser als in Westfalen. Durch die beabsichtigten künstlichen Mittel entsteht eine den dortigen wirthschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechende Anhäufung eines solchen Besitzes. Diese ist schädlich, denn zu Gunsten der älteren werden die jüngeren Geschwister in das Proletariat zurückgedrängt. — Bisher habe ich es für einen conservativen Grundsatz gehalten, die Parcellirung zu fördern und dem kleinen Mann die Möglichkeit des Besitzerwerbes zu gewähren. Das sollte ja gerade ein Mittel gegen die Bewegung der Socialdemokratie sein. Herr von Schorlemer vermißt im Osten den Bauernstand. Ich habe bisher nicht gewußt, daß wir dort keinen Bauernstand hätten. Hier überall in der Mark, wo schon Friedrich der Große diese Principien zur Geltung gebracht hat, durch Parcellirung der Domänen die Ansiedelung kleiner Leute zu erreichen, dort im Oderbruch haben wir wirklich einen Bauernstand und freuen uns dessen. In Westpreußen giebt es allerdings Gegenden, wo der Großgrundbesitz überwiegt, besonders durch das künstliche Mittel der Fideicommisse. (Aha! rechts.)

Ja, das ist ein Punkt, den Sie besser thäten, ins Auge zu fassen, daß zum Beispiel im Lauenburg'schen durch das fortgesetzte Ausschlachten und Ankaufen der benachbarten Bauerngüter und durch Ausdehnung der großen Fideicommisse mehr und mehr der Bauernstand in der Gegend aufgesogen und annullirt wird. Darin liegt eine sociale Gefahr. Ein Gesetz, das die Fideicommisse aufhebt, das wäre ein Mittel, um der fortwachsenden Auswanderung entgegenzuwirken. Gehen Sie einmal durch Gegenden wie Rügen und Neuvorpommern, wo von Zählungsperiode zu Zählungsperiode die Zahl der Einwohner zurückgeht, die Leute nicht im Stande sind, Besitz zu erwerben, weil ein großer Theil des Grundbesitzes in todter Hand ist. Und wenn dort, zum Beispiel auf Rügen, ein gewisser Großgrundbesitzer in eine schlechte Lage gerathen ist, ist das die schlechte Lage der Landwirthschaft? Nein, nur weil der Herr es nicht begriff, daß ein Großgrundbesitzer nicht an der Börse speculiren soll. (Sehr richtig!) Meine Herren! Wir wollen so wenig eine socialaristokratische wie socialdemokratische Richtung, immerhin ist bei einer etwaigen Wahl die letztere vorzuziehen, da sie einer größeren Anzahl zum Vortheil gereicht. Wenn Sie aber sagen, die Fortschrittspartei lebt von der Unzufriedenheit, so erwidere ich, jeder Besserung muß eine Unzufriedenheit mit dem Bestehenden vorausgehen, daraus erwächst erst die Energie zum Fortschritt und zum Fortschritt bekennen wir uns allerdings auch auf wirthschaftlichem Gebiet.

Abg. von Schorlemer-Alst: Wenn die Leute in Westfalen das lesen, was der Abgeordnete Richter gesagt hat, dann werden sie auf meiner Seite stehen.

Auch dieser Titel wird genehmigt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Etats der Domänenverwaltung.

Zu dem Etat der Forstverwaltung beantragt Abg. von Meyer (Arnswalde), die königl. Staatsregierung zu ersuchen, den im Etat zum Ankauf von Grundstücken zu den Forsten ausgeworfenen Betrag von 1,050,000 Mark im nächsten Etat den steigenden Staatseinnahmen entsprechend derartig zu erhöhen, daß dem anerkannt dringenden Bedürfnisse der Vergrößerung der Staatsforsten in wirklich ausreichendem Maße entsprochen werden kann. Zur Begründung dieses Antrages weist der Abg. v. Meyer auf die erheblichen Verwüstungen hin, denen nicht nur die Privat-, sondern auch die Gemeinde- und Genossenschaftswaldungen ausgesetzt gewesen sind. Neuerdings habe der Staat in Anerkennung dieses Uebelstandes durch gesetzliche Regelung versucht, diesem culturfeindlichen Treiben Einhalt zu thun, indem er die Gemeindewaldungen und neuerdings auch die Genossenschaftswaldungen unter die Aufsicht des Staates stellt. Die Consequenz dieser Maßregeln erfordere, daß auch der Staat selbst mehr als bisher für die Vermehrung seiner Forsten thue. Es sei dies um so nothwendiger, als nur die todte Hand allein Forstwirthschaft in größerem Maßstabe treiben könne. In diesem Umstande liege ein sehr wesentlicher Vorzug der Fideicommisse vor allen anderen Privatforstbesitzern. Bereits im Jahre 1878 habe das Haus einen Beschluß gefaßt, die Regierung zu einem schnelleren Tempo in der Aufforstung von Oedländereien und zur Aufstellung eines festen Planes in dieser Richtung aufzufordern. Auf eine Anfrage habe dann im Jahre 1879 der landwirthschaftliche Minister einigermaßen dilatorisch geantwortet und namentlich auf die beschränkten Mittel des Staates hingewiesen. Dieses Hinderniß scheine nunmehr beseitigt zu sein, da die Regierung einen Steuererlaß gewähren zu können glaube und im Extraordinarium sehr erhebliche Mittel zu Wasserbauten aufgeworfen habe. Der Etat für Wasserbauten stehe aber mit dem Forstetat in innigem Zusammenhange, da die Vermehrung der Forsten die Ausgaben für Wasserregulirungen vermindere. In diesem Sinn empfehle er seinen Antrag dringend zur Annahme.

Minister Dr. Lucius: Die Tendenz des Antrages des Abg. v. Meyer kann der Forstverwaltung nur eine erwünschte und angenehme sein. (Beifall rechts.) Ich bitte also auch die Erklärung, die ich vor einigen Jahren hier abgegeben habe, nicht als dilatorisch aufzufassen, sondern als ernst gemeint, daß die Intentionen sich verwirklichen werden, aber allerdings nach Maßgabe der vorhandenen Staatsmittel. Die Angaben, die Herr von Meyer in den gedruckten Motiven seines Antrages gemacht hat, sind nicht in allen Punkten zutreffend. Er hat ausgeführt, daß ein in einer gewissen Periode erzieltes Kaufgeld von 44,721,495 Mark nicht zu neuen Aufforstungen und Ankäufen entsprechend verwerthet worden sei, daß sich also das Staatsareal beträchtlich vermindert habe. Dagegen ist zu erwidern, daß von diesen Erlösen aus verkauften Grundstücken rund 12,400,000 Mark auf die alten Provinzen fallen, und nach dem Gesetze vom 17. Januar 1820 zur Schuldentilgung verwendet werden müssen. Hier hat also jedenfalls kein Capitalconsum stattgefunden, sondern eine allgemeine Verbesserung der Finanzlage. Ferner ist diesen 44 Millionen Erlösen die Summe von 35,962,490 Mark gegenüberzustellen, welche zu Servitutsablösungen verwendet worden sind. Die Zahlen stehen sich also nicht so unbedingt klar gegenüber, wie es aus den gedruckten Motiven erscheint. Nach dem Forstkalender des letzten Jahres beträgt die Gesammtfläche des preußischen Staates 34,750,902 Hectar, davon sind Waldungen 8,098,636 Hectar oder 23,2 pCt. des gesammten Areals. Davon sind im Staatsbesitz 2,670,436 Hectar. Auch das Verhältniß des Waldareals zu dem nicht bewaldeten Terrain ist kaum als ein ungünstiges zu bezeichnen.

Es ist bekanntlich eine ungelöste Controverse, zahlenmäßig präcise festzustellen, welches Waldareal etwa vorhanden sein soll auf einem Continent, um einmal klimatische Nachtheile abzuwenden und um andererseits dem Landescultur- und Sanitätsinteresse zu dienen. Doch darf man annehmen, daß die Majorität sowohl der Männer der Wissenschaft wie der praktischen Forstleute der Ansicht ist, daß eine gewisse Waldmenge für das allgemeine Interesse und für viele besonderen Interessen erforderlich ist. Wenn nach den vorhandenen statistischen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1877 Deutschland noch etwa 47,853,052 Centner an Holz und Waldproducten mehr einführt als ausführt, wovon etwa 27 Millionen auf Preußen kommen würden, so ist aus dieser Zahl nicht unbedingt zu schließen, daß die heimischen Forstungen nicht in höherem Maß dem eigenen Consum genügen könnten, als es scheint. Es giebt in Ost- und Westpreußen, sogar in Pommern, fiscalische Bestände, die aus Mangel an genügenden Communicationsmitteln nicht in vollem Umfange ausgenutzt werden können. Mit der Verbesserung der Communication wird die Rentabilität der Forsten eine steigende sein. Auch aus anderen Gründen muß die Staatsregierung der Wald- und Forstfrage eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Die Entwaldung des im Privatbesitz befindlichen Forstareals ist zwar nicht genau zu constatiren, aber doch unleugbar, und ich halte in dieser Beziehung eine erweiterte Statistik für erwünscht. Ein weiterer Abgang an Waldareal hat stattgefunden in den letzten Generationen durch die Servitutablösung, wobei große, zur Waldcultur geeignete Flächen in den Privat- oder Gemeindebesitz übergegangen sind.

Ein ferneres Motiv und zwar nach meiner Ansicht das hauptsächlichste, das dafür spricht, daß der Staat als solcher die Waldfrage angreift, liegt in der geringen Rentabilität des Wald- und Forstbesitzes, sowie darin, daß wir ungeheure Flächen im Lande haben, die nur zum Waldbau zu benutzen sind. Die Erträge der Staatsforsten sind so unbedeutend, daß die Rücksicht, eine Rente zu gewinnen, schwerlich zur Aufforstung im größeren Maße führen wird. Die Thatsachen beweisen, daß lediglich der Staat in der Lage ist, Aufforstungen in großem Maßstabe vorzunehmen. Die vorhandenen Mittel reichen nicht aus, um eine Aufforstung in größerem Maßstabe vorzunehmen. Es würde nach dem jetzigen Maßstabe ein Zeitraum von 115 Jahren nöthig sein, um die 674,904 Hektar, welche in der Nähe von Staatsforsten liegen und an dieselben angeschlossen werden können, aufzuforsten, was die Summe von 121½ Mill. M. kosten würde. Ein schnelleres Tempo, wie es der Antrag des Abg. v. Meyer wünscht, wäre ja ganz angenehm, aber nach den begründeten Ansichten der Techniker kann man zu weitgehende Forderungen in dieser Hinsicht nicht befürworten. Allenfalls ließe sich eine Verdoppelung der Etatssumme gutheißen, von 1,050,000 M. auf 2 Mill. M. Sobald die Finanzlage des Staates eine solche Erhöhung zuläßt, werde ich auf eine Steigerung hinwirken. Eine zu große Inangriffnahme von Aufforstungen ist schon deshalb nicht gut, weil die dem Schaden leicht ausgesetzten Schonungsflächen dadurch vermehrt würden, weil ferner die Ausführung solcher Arbeiten in allzu großem Umfange das Proletariat in die entlegenen Gegenden zieht. Es würde auch eine weitere Erhöhung anderer Fonds in Betracht zu ziehen sein, so z. B. des Forstculturfonds, der sich auf 3,803,700 M. beläuft, um 25 pCt., des Fonds zur Subvention des Wegebaues, zur Förderung des Wasserstraßenbaues.

Daneben würden noch extraordinäre Bewilligungen für den Erwerb besonders großer Waldcomplexe, wofür die Mittel jetzt nicht ausreichen, stattzufinden haben. Bei einer solchen Dotirung des Etats würde es nicht nöthig sein, wie die Forstleute vielfach wünschen, das Expropriationsrecht für Aufforstungszwecke auszudehnen. Denn bei Expropriationen müssen doch meist Speculationspreise gezahlt werden, während es besser ist, wenn der Forstetat mit genügenden Mitteln dotirt ist, dann kann man die Preise den einzelnen Fällen entsprechend regeln. Eine Ausdehnung der Expropriation würde nur dahin führen, daß man die Wälder erst devastirt und dann an den Staat verkauft. Wenn der Staat die Aufforstungspläne bekannt machen würde, so käme er in dieselbe Lage, wie die Eisenbahnverwaltung beim Bau neuer Eisenbahnen; die Speculation würde sich des Gegenstandes sehr bald bemächtigen. Die Forstverwaltung würde außerdem einen Versuch mit der Acclimatirung fremder Holzarten machen. Andererseits wird die Forstverwaltung auch die Mittel dazu zu fassen haben, in wie weit sie in dem jetzigen fiskalischen Besitz eine Umwandlung in Acker- und Wiesenanlagen nützlicher Weise vornehmen kann; sie wird ferner bei Auseinandersetzungen und Aufforstungen den Wegeanlagen besser Rechnung tragen und ferner dafür sorgen müssen, daß in gebirgigen Waldrevieren Rücksicht genommen wird auf die Erhaltung und Anlage neuer, natürlicher Wasserreservoirs, damit die Forstverwaltung den Zweck erfüllt, nicht blos fiskalischen Interessen zu dienen, sondern auch die allgemeinen Landescultur-Interessen nach jeder Richtung zu fördern. (Beifall rechts.)

Abg. v. Minnigerode dankt dem Minister für die entgegenkommende Haltung, die er für den Antrag des Abg. v. Meyer gezeigt habe. Wenn der Minister dabei die Bemerkung gemacht habe, daß die Privatwaldungen unter den jetzigen Verhältnissen abnehmen müßten, so habe er vollkommen Recht; es frage sich aber, ob es nicht möglich sei, denjenigen Grund und Boden, der absolut nur für Waldcultur geeignet sei, auch wenn sich derselbe im Privatbesitz befindet, vor der Devastation gesetzlich zu schützen. Der Redner beantragt die Ueberweisung des Antrages von Meyer an die Budget-Commission.

Abg. Sombart hält ein Forstareal, welches 23,2 pCt. des gesammten Staats-Territoriums ausmacht, vom Standpunkt des öffentlichen Interesses für ausreichend. Hiervon befinde sich allerdings nur ein Drittel im Besitz des Staates und zwei Drittel in den Händen von Privaten. Anerkanntermaßen seien die Privatforsten durchschnittlich schlecht bestanden. Um in dieser Beziehung ziffernmäßige Daten zu erlangen, habe er bereits 1876 den Wunsch ausgesprochen, daß die vom Bundesrathe beschlossene Forststatistik sich nicht allein auf das Areal, sondern auch auf die Bestände des Waldes richten solle. Leider sei die Erfüllung dieses Wunsches an dem Widerstreben des Reichskanzlers gescheitert und so sei diese Statistik nicht in allen Theilen Deutschlands zur Ausführung gelangt. Er bitte den Minister, wenigstens für Preußen dieselbe durchzuführen; man werde sich dann überzeugen können, wie dringend das volkswirthschaftliche Bedürfniß sei, eine Förderung der Waldcultur zu unterstützen. Zu bedauern sei es, daß der Staat bei Abtretung von Forstgrundstücken zum Zweck der Ablösung den berechtigten Gemeinden bisher meist abgeholzte Grundstücke überwiesen und dadurch zu einer Deterriorirung beigetragen habe. Er bitte, daß die Regierung künftig, wie dies in Kurhessen geschehe, bewaldete Grundstücke abtrete. Eine Devastation derselben seitens der Communen sei durch die Aufsicht des Staates ausgeschlossen. Er knüpft hieran den Wunsch, daß die Regierung die [illegible] kleinen Grundbesitzer mit größerer Milde behandeln möge. Redner beantragt, den Antrag des Abg. v. Meyer der um 7 Mitglieder verstärkten Agrarcommission, welche bereits den Gesetz-Entwurf, betreffend die gemeinschaftlichen Holzungen, berathe, zu überweisen.

Abg. Kieschke richtet an die Regierung die Frage, woher es komme, daß trotz der zum Ankauf neuer Grundstücke bewilligten Summen das Forstareal des Staates um 9106 Hektar niedriger erscheine, als in der letzten Uebersicht.

Der Regierungs-Commissar erklärt diese Verminderung nur für eine scheinbare; dieselbe erkläre sich daraus, daß im Regierungsbezirk Stettin ein früher bereits abgetretenes Areal von 17,000 Hektaren erst jetzt in Rechnung gestellt worden sei.

Abg. von Bennigsen: Bezüglich der formellen Behandlung schließe ich mich dem Antrag des Abg. Sombart an. Ein Interesse für die Wiederbewaldung verödeter Ländereien hat im Hause stets geherrscht. Es ist auch immer auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, große Flächen auf einmal in Angriff zu nehmen, weil es dazu an Arbeitern fehlen würde. Demgegenüber möchte ich auf die günstigen Erfahrungen in Hannover hinweisen, wo man mit der Wiederbewaldung sehr eifrig beschäftigt ist und das Verhältniß zwischen Wald- und übrigen Landflächen sich mit am günstigsten stellt, namentlich in den nördlichen Theilen. Deshalb hatte die provinzialständische Verwaltung es als ein dringendes Bedürfniß anerkannt, die Bemühungen der Regierung im Sinne einer Wiederbewaldung verödeter Strecken energisch zu unterstützen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die zur Verfügung stehenden Summen für diesen Zweck benutzt, ebenso wie einer großen Zahl der anderen Provinzen dadurch, daß wir die Jahresrente für die demnächstigen Kosten der Kreisverwaltung schon beziehen, während die letztere selbst noch nicht eingeführt ist.

Diese seit 9 Jahren aufgesammelten Summen haben wir für die Aufforstungen bestimmt, entweder das Capital oder die Zinsen; das Capital in der Weise, daß man durch die Provinz selbst aufforsten läßt oder in Höhe von ½ Million einen Aufforstungsdarlehnsfonds einrichtet, aus welchem zu billigen Zinsen mit fester Amortisation an die Gemeinden und Private Capitalien ausgeliehen werden. Die Aufforstungen stehen jetzt auf der Tagesordnung der landwirthschaftlichen Vereine der Provinz Hannover. Auch mehr Waldschutzgenossenschaften sind auf diese Anregung bereits entstanden. Wir haben im Lüneburgischen ein geschlossenes Areal von fast 3000 Hektar erworben und können jetzt bereits 4—500 Hektar jährlich aufforsten. Das ist nur dadurch möglich, daß wir Corrigenden in größerer Zahl aus unserer Corrigendenanstalt dort in Barraken angesiedelt haben, die in einem dortigen Hofe aufgestellt sind; die Corrigenden werden in der Zahl von 120 nebst 5 Aufsehern dort angesiedelt. Die Leistungen dieser Leute sind ganz erfreulich gewesen. Auch anderwärts würde sich dieses Verfahren bei Aufforstungen empfehlen; nachher mögen die Arbeiter wieder in ihre Heimath zurückkehren, wie es ja bei der Zuckerindustrie regelmäßig in Norddeutschland geschieht. Der Minister hat mit Recht hervorgehoben, daß vorzugsweise der Staat dazu berufen ist. Die Aufgabe ist ja so groß, daß ohne Mitwirkung des Staats, ohne das Interesse des Staats als Großgrundbesitzer für den Forstbesitz die Frage nicht zu lösen sein würde. Indessen der Staat allein wird diese Aufgabe nicht bewältigen können; er muß die Communen, Genossenschaften und die Grundbesitzer heranziehen.

Soweit die Communen in Frage kommen, macht dies der Gesetzgebung keine Schwierigkeit; bei Privaten würde der Eingriff der Gesetzgebung bedenklicher sein; ich will auch einen solchen Eingriff nicht empfehlen. Vielleicht genügt das Interesse des Besitzers allein. Was der Abg. Grumbrecht in Bezug auf die Landwirthschaft gesagt hat, paßt für die Gegenden der Provinz Hannover, wo der Boden ein sehr guter ist, also in der Marsch, den Lehmbodengegenden, wo die Zuckerrüben gebaut werden. Aber sonst ist die Lage der Landwirthschaft keineswegs günstig. Die Landwirthe haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und mancher Landwirth im Lüneburgschen könnte seine Bedürfnisse nicht befriedigen, wenn er nicht an dem Holzcapital zu zehren hätte, was seine Vorväter gesammelt haben. (Hört! rechts.) Wenn man Gegenden, die sich zum Ackerbau und zur Viehzucht nicht eignen, zur Holzzucht verwendet, dann wird sich wieder Capital ansammeln. Jetzt werden die zum Theil höchst werthvollen Eichengestelle aufgezehrt, die schwer aufzuforsten sind. In Galizien, Polen, Rußland und Skandinavien geht die Verwüstung in den Holzbeständen schon so weit, daß wir bald von dorther Nutzhölzer nicht mehr werden beziehen können. Dann wird es den Communen und den Grundbesitzern finanziell vortheilhaft sein, daß ihre Vorväter Holz angepflanzt haben. Wir haben gemeinsam mit der Regierung an dieses große Werk die Hand zu legen, denn nur dadurch wird die Culturaufgabe dieser und der nächsten Generation für Deutschland gelöst. (Beifall.)

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Antrag des Abgeordneten von Meyer an die mit der Vorberathung des Gesetz-Entwurfs über die Genossenschafts-Waldungen betraute, um 7 Mitglieder verstärkte Agrar-Commission verwiesen.

Das Extraordinarium des Forstetats fordert zu Anbau-Versuchen mit ausländischen Holzarten die Summe von 50,000 M.

Abg. Kieschke hält es für incorrect, diesen Posten im Extraordinarium eingestellt zu finden, da die Cultur der Anpflanzungen doch auch in folgenden Jahren dauernde Ausgaben nöthig machen werde.

Der Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius erklärt, daß es allerdings die Absicht der Forstverwaltung sei, einige Jahre mit den Versuchen fortzufahren. Dieselben hätten namentlich den Zweck, die bisherigen vereinzelten Anbauversuche von Hölzern aus dem westlichen Amerika, sowie von japanischen Coniferen, deren Aclimatisirung in Europa bisher noch gar nicht versucht sei, planmäßig und in größerem Maßstabe durchzuführen. Für diesen Zweck seien 120 Oberförstereien ausgewählt worden.

Abg. Frhr. v. Heeremann ist der Ansicht, daß diese Ausgabe unbedingt ins Extraordinarium gehöre, weil die weitere Aufsicht über die einmal angepflanzten Hölzer weitere dauernde Kosten nicht in Anspruch nehmen würden.

Die Position wird hierauf bewilligt; ebenso ohne Debatte der Rest des Forstetats.

Ohne Debatte genehmigte das Haus darauf den Etat der Centralverwaltung der Domänen und Forsten, sowie das Einnahme-Capitel Erlös aus Ablösungen von Domänengefällen und aus dem Verkaufe von Domänen- und Forstgrundstücken. Aus dem Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung werden nur die Einnahmen erledigt, die weitere Berathung aber vertagt.

Abg. Richter kündigt an, daß er die Absicht habe, beim Gehalt des landwirthschaftlichen Ministers die Frage des Volkswirthschaftsrathes zur Sprache zu bringen.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Etat.)

Berlin, 24. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Justizrath und Notar Euler zu Düsseldorf den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Zeughauptmann a. D. Paulini zu Berlin, bisher bei der Geschoßfabrik in Siegburg, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Unterstaatssecretär von Puttkamer im Ministerium für Elsaß-Lothringen den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Mitgliede des Staatsraths und Präsidenten des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen ꝛc., Schlumberger, dem Mitgliede des Staatsraths und zweiten Vice-Präsidenten des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen ꝛc, Adam, dem Mitgliede des Staatsraths und des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen, Präsidenten des Bezirkstages von Unter-Elsaß ꝛc., Klein, und dem Mitgliede des Staatsrathes und des Landes-Ausschusses von Elsaß-Lothringen, Präsidenten des Bezirkstages von Ober-Elsaß ꝛc., Baron von Reinach, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Unter-Staatssecretär Dr. von Mayr im Ministerium für Elsaß-Lothringen und dem Gerichts-Assessor Grafen Wilhelm von Bismarck, attachirt dem Statthalter in Elsaß-Lothringen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Mitgliede des Staatsraths und 1. Vice-Präsidenten des Landes-Ausschusses von Elsaß-Lothringen ꝛc., Freiherrn Zorn von Bulach, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Ritterschaftsrath von Heyden auf Alexanderhof im Kreise Prenzlau die Kammerherren-Würde verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Bürgermeister Fischer zu Geldern in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Eschweiler getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Eschweiler für eine zwölfjährige Amtsdauer bestätigt. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 24. November. [Befinden des Kaisers. — Fürst Hohenlohe. — Graf Hatzfeld.] Das Befinden des Kaisers ist in voller Besserung begriffen. Der Kaiser hatte eine ziemlich gute Nacht und der Kehlkopfkatarrh beginnt sich zu lösen. Der Kaiser nahm heute alle Vorträge entgegen. — Fürst Hohenlohe ist gestern Abend hierher zurückgekehrt. Wie wir hören, hat der Aufenthalt in Randen sehr wohlthätig auf die Herstellung des Fürsten gewirkt. Derselbe wird in einigen Wochen nach Paris zurückkehren, um die Leitung der Botschaft wieder zu übernehmen. Allem Anschein nach wird inzwischen der Fürst hier nicht unthätig bleiben, sondern sich erforderlichen Falles mit den Geschäften des Auswärtigen Amtes befassen. — Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Hatzfeld, übernimmt zu Anfang des nächsten Jahres die Leitung des Auswärtigen Amtes. Ueber seinen Nachfolger in Konstantinopel scheinen alle Bestimmungen noch vorbehalten zu sein. Man glaubt, der Graf werde bereits im Reichstag als Staatssecretär des Auswärtigen den Etat des letzteren vertreten.

⊙ **Berlin**, 24. November. [Präsentationswahlen zum Volkswirthschaftsrath.] Officiös wird geschrieben: Die Oberpräsidenten sind angewiesen worden, die Präsentationswahlen zu dem Volkswirthschaftsrath anzuordnen und Vorschläge in Betreff der vom König zu berufenden Mitglieder zu machen. Es werden dabei die Stände namentlich zu berücksichtigen sein, welche, wie die Arbeiter, bisher keine corporative Vertretung besitzen.

[Verboten auf Grund des Socialistengesetzes] die in der Volksbuchhandlung (J. Franz) zu Zürich im Jahre 1876 erschienene nicht periodische Druckschrift „Blut-Rosen — Socialpolitische Gedichte von F. W. Dornbusch, Arbeiter."

Handel, Industrie ꝛc.

Berlin, 24. Novbr. [Börse.] Die auswärtigen Plätze haben die feste Haltung unter Führung der Wiener Börse wieder aufgenommen. Dieselbe setzt die Haussebewegung in Bahnactien fort und zieht schon solche Werthe hervor, welche außerhalb des Rahmens der Verstaatlichungsprojecte stehen. Gestern Abend und an der heutigen Wiener Frühbörse waren es Galizier, die von der Wiener Speculation ausgezeichnet wurden, man notirte dieselben 278½ resp. 279 gegen 275½ von gestern Mittag. Der angeblich seitens der Oesterr. Creditanstalt ventilirte Gedanke einer Conversion der 5%igen Prioritäten der Bahn in 4½%ige scheint ein wesentliches Motiv der Courssteigerung zu sein, obgleich die Ausführung dieser nicht neuen Idee sich noch nicht einmal in dem Stadium ernstlicher Vorverhandlungen befindet. Auch Franzosen und Lombarden sind in Wien um 1½ resp. 1 Fl. gegen gestern in die Höhe gebracht worden. Diese drei Papiere waren es auch, welche hier in erster Linie die Speculation beschäftigten. Galizier, schon gestern in die Höhe gebracht worden, gewannen bei sehr ausgedehntem Geschäft 2%, Lombarden 2 Mark und Franzosen bei geringerem Verkehr 3 Mark. Die Stimmung charakterisirte sich im Allgemeinen als fest, die Umsätze waren aber nur in den genannten Papieren und in den österreichischen Nebenbahnen von einiger Bedeutung, in letzteren aber nicht mehr von dem Umfange, welchen dieselben in den jüngsten Tagen zu verzeichnen hatten, Duxer mußten von ihrem gestern am Schluß erreichten höchsten Standpunkte um 2 Procent auf 94 zurückgehen, Elbethal- und Nordwestbahn gewannen bei mäßigem Geschäft 4 resp. 2 M., auch Elisabethbahn besserten sich um eine Kleinigkeit. Für heimische Bahnen herrschte eine etwas festere Tendenz, die Course waren um Bruchtheile höher, das Geschäft blieb aber ein sehr beschränktes. Montanwerthe waren etwas besser in Folge des Dementi, welches die Nachricht von der Betriebseinstellung in der Brückenbau-Abtheilung der Dortmunder Union erfahren hat. Für Banken war wenig Interesse vorhanden, die Course waren durchschnittlich ½ Procent höher. Der Rentenmarkt blieb wiederum sehr still, Ungarische Goldrente ging in kleinen Beträgen zu gestrigem Preise um. Russische Fonds tendirten nach oben und waren ohne Ausnahme ⅛—¼% besser, Noten waren zu letztem Course gesucht. Credit-Actien verhielten sich relativ ruhig, da der größte Theil der Speculanten sich auf dem Markte für österreichische Bahnen concentrirte, der im weiteren Verlaufe die steigende Bewegung fortsetzte. Elbethal- und Elisabethbahn übernahmen auf diesem Gebiete späterhin die Führung und holten noch eine Avance von 4 M. resp. 1½ Procent, Duxer und Galizier traten mehr in den Hintergrund, blieben aber recht fest. Montanwerthe verharrten in ihrer Ruhe, obgleich durch „Hirsch' T.-B." die Nachricht verbreitet wurde, daß die Laurahütte die Lieferung von 3,000,000 Kilogramm Stahlschienen zu einem sehr günstigen Preise mit der Oberschlesischen Bahn abgeschlossen habe. Schluß ruhiger bei wenig veränderten Coursen; die Meldung von der Besetzung Dulcignos durch Derwisch Pascha blieb ohne Einfluß.

Course um 2½ Uhr: Fest. Credit 493,50, Lombarden 157,50, Franz. 484,00, Reichsbank 147,10, Disconto-Commandit 177,00, Handels-Gesellschaft —,—, Laurahütte 116,25, Türken —,—, Italiener 86,37, Oesterreichische Goldrente 74,75, Ungarische Goldrente 92,75, Dortmunder Union 81,67, Oesterreichische Silberrente 62,75, do. Papierrente 62,12, 5proc. Russen 91,50, Köln-Mindener —, —, Rheinische —, —, Bergische 116,00, Rumänische Rente 89,50 Russische Noten 204,75, II. Orient-Anleihe 57,12, do. III. 57,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberr.-Coup. 171,80 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,80 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 35 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,43 bez. 1822er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —, — bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lstr. Obligat. 20,30 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 24. Nov., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 119, 37. Türken 10, 85. Neue Egyptier 332, —. Banque ottomane —, —. Italiener 87, 85. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 94⅝. Spanier exter. —, —, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose —, —. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Steigend.

Frankfurt a. M., 24. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 365. Pariser Wechsel 80, 57. Wiener Wechsel 171, 87. Köln-Mindener Stamm-Actien 147½. Rheinische Stammactien 159. Hessische Ludwigsbahn 95¼. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131¼. Reichsanleihe 100³⁄₁₆ Reichsbank 147⅛. Darmstädter Bank 152⅛. Meininger Bank 96. Oesterr.-Ungarische Bank 704, 00. Creditactien*) 245¾. Silberrente 62¹³⁄₁₆ Papierrente 62¹⁄₁₆ Goldrente 74¾. Ungarische Goldrente 92½. 1860er Loose 122⅜. 1864er Loose 311, 80. Ungarische Staatsloose 221, —. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 84. Böhmische Westbahn 206¾. Elisabethbahn 177—181¼. Nordwestbahn 161. Galizier 240¼. Franzosen*) 241¾. Lombarden*) — —. Italiener — —. 1877er Russen 91⅜. 1880er Russen 70¹³⁄₁₆. II. Orientanleihe 57. Central-Pacific 111½. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discont — pCt. Fest, Bahnen belebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 245. Franzosen 241¼. Galizier — —. Lombarden —,—. Ungar. Goldrente — —. 1880er Russen —,—. II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 24. Nov., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 100, Hamburger St.-Pr.-A. 124, Silberrente 62½, Oest. Goldrente 74½, Ung. Goldrente 92½, Credit-Actien 245, 1860er Loose 122, Franzosen 602, Lombarden 197, Italien. Rente 86, 1877er Russen 91½, II. Orient-Anl. 55⅜, Vereinsbank 119¼, Laurahütte 116, Nordd. 167, Commerzbank 121¼, Anglo-deutsche 74½, 5% Amerikanische 94, Rhein. Eisenbahn 158⅝, do. junge 152¾, Berg.-Märk. do. 115⅞, Berlin-Hamburg do. 231. Altona-Kiel do. 157. Disconto 3⅜ %. Ruhig.

Hamburg, 24. Nov., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhiger, auf Termine fest. Roggen loco ruhiger, auf Termine ruhig. Weizen per November 206 Br., 205 Gd., pr. April-Mai 215 Br., 214 Gd. Roggen pr. November 208 Br., 206 Gd., pr. April-Mai 196 Br., 195 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 56½, pr. Mai 57½. Spiritus matt, per November 49⅛ Br., per December-Januar 49⅛ Br., per Januar-Februar 49½ Br., per April-Mai 49½ Br. Kaffee ruhig, geringer Umsatz. Petroleum weichend, Standard white loco 9, 50 Br., 9, 25 Gd., pr. November 9, 25 Gd., pr. December 9, 30 Gd. — Wetter: Feucht.

Liverpool, 24. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. November-Lieferung 6⁹⁄₁₆ D. Tagesimport 5000 Ballen, davon 4000 amerikanische.

Liverpool, 24. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung —, Januar-Februar-Lieferung 6⁹⁄₁₆, März-Lieferung 6¹¹⁄₁₆ D.

Pest, 24. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, animirter, auf Termine schlußlos, pr. Frühjahr 12, 35 Gd., 12, 37 Br. — Hafer per Frühjahr 6, 40 Gd., 6, 45 Br. — Mais per Mai-Juni 6, 25 Gd., 6, 27 Br. — Wetter: Trübe.

Paris, 24. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per November 29, 75, pr. December 29, 25, pr. Januar-April 29, 00, per März-Juni 28, 80. Roggen ruhig, per November 24, 25, per März-Juni 23, 25. Mehl fest, per November 62, 50, per Decbr. 62, 50, per Januar-April 61, 25, per März-Juni 61, 00. Rüböl ruhig, per November 75, 00, per Decbr. 75, 25, per Januar-April 76, 50, per Mai-August —. Spiritus ruhig, per November 60, 75, per December 60, 75, per Januar-April 60, 75, per Mai-August 59, 75. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 24. November, Nachmittags. Rohzucker 88° fest, loco 55, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. per November 62, 00, per December 62, 25, per Jan.-April 62, 87.

London, 24. Novbr., Nachm. Havannazucker Nr. 12 23½. Ruhig.

Amsterdam, 24. Novbr., Nachm. Bancazinn 56¾.

Antwerpen, 24. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 24 bez. und Br., per December 24 Br., per Januar-März 23½ Br. — Weichend.

Bremen, 24. November, Nachmittags. Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 10, per December 9, 10, per Januar-März 9, 30.

Berlin, 24. Novbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist sehr schön und frostig. Im Verkehr mit Roggen kam es heute zu einer intensiven Flaue, deren Wirkung in starkem Rückschritt der Terminpreise deutlich hervortritt. Die Ausdehnung des eingetretenen Rückschlags ist zurückzuführen auf belangreiche Realisirungen einiger Haussespeculanten. Unter den Käufern machten sich nach langer Pause die Mühlen bemerkbar und von diesem Gesichtspunkt aus kann die Situation nunmehr als weniger unvortheilhaft als seither bezeichnet werden. Der Handel loco ist schwach, Eigner sind wenig nachgiebig. — Roggenmehl niedriger. — Weizen wurde abwärts mitgezogen, leistet indessen vergleichsweise guten Widerstand, weil die westlichen Berichte günstig lauten. — Hafer loco schwer verkäuflich, Termine matt. — Rüböl vernachlässigt, Preise stellten sich etwas niedriger. — Petroleum flau. — Spiritus matt eröffnend, fand aber bald wieder mehr Beachtung und erlangte auch ziemlich feste Haltung.

Weizen loco 183—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber — Mark ab Bahn bez., defecter — Mark bez., do. klammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., feiner weiß polnischer 224 M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkischer — Mark ab Bahn bez., per November 212 Mark bez., per November-December 211 M. bez., per April-Mai 218—216½ M. bez., per Mai-Juni 219—217½ M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 208 bis 218 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. — M. ab Bahn bez., exquisiter inländ. — Mark ab Bahn bez., defecter inländ. — Mark ab Bahn bez., russischer — Mark ab Bahn bez., neu fein weiß galiz. — M. ab Bahn bez., per November 210—208 Mark bez., per November-December 209½—207½ M. bez. u. Gd., per December-Januar 209—207 Mark bez., per April-Mai 202½—200½ M. bez., per Mai-Juni 199—199½ M. bez., per Juni-Juli 193—192 M. bez. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 209½ Mark. — Gerste loco 145 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 147 bis 168 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreuß. 150—155 M. bez., russischer 147—152 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 153 bis 156 M. bez., schlesischer 150 bis 155 Mark bez., böhmischer 150—155 Mark bez., fein weiß russ. — M. bez., neumärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburgischer 159 bis 160 Mark ab Bahn bez., per November 151½ M. bez., per November-December 151—150½ Mark bez., per April-Mai 152½ Mark bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt 3000 Centner. Kündigungspreis 151½ Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per November 28,60—28,30 M. bez., per November-December 28,60 bis 28,30 M. bez., per December-Januar 28,60—28,30 Mark bez., per Januar-Februar 28,60—28,35 Mark bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 28,60—28,30 Mark bez., per Mai-Juni 28,30—28 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Leinöl 67 M. bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 30 Mark bez., per November 28,9—28,7 M. bez., per November-December 28,9—28,7 M. bez., per December-Januar 29 M. bez., per Januar — M. bez., per Januar-Februar 29 M. bez., per April-Mai — M. bez. Gekündigt 1400 Ctr. Kündigungspreis 29 M.

Spiritus loco ohne Faß 56,5 Mark bez., per November 56—56,4—56,1 Mark bez., per November-December 55,5—55,8—55,6 M. bez., per December-Januar — Mark bez., per April-Mai 56,5—56,8—56,6 M. bez., per Mai-Juni 56,7—57,1—56,8 M. bez., per Juni-Juli — M. bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 56,3 M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 24., 25.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 6°,2	+ 3°,0	+ 2°,2
Luftdruck bei 0° (mm)	756‴,5	755‴,8	754‴,3
Dunstdruck (mm)	4,8	4,7	5,0
Dunstsättigung (pCt.)	67	83	93
Wind	S. 1.	SW. 1.	SW. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Wasserstand. Breslau, 25. Nov. O.-P. 5 M. 16 Cm. U.-P. — M. 64 Cm.
24. Nov. O.-P. 5 M. 26 Cm. U.-P. — M. 74 Cm.

Berliner Börse vom 24. November 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,80 bz
do. do. 1876	4	100,00 bzG
Staats-Anleihe	4	99,96 bz
Staats-Schuldscheine	3½	98,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	148,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,20 bzB
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	102,90 bz
Pommersche	3½	88,90 bzG
do.	4	98,90 bzB
do	4½	102,10 bz
do. Lndch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,25 bzG
Schlesische	3½	91,4? G
Lndschaftl. Central	4	98,75 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,80 bz
Pommersche	4	99,60 bz
Posensche	4	99,3? G
Preussische	4	99,40 bzG
Westfäl. u. Rhein.	4	100,2? bz
Sächsische	4	99,50 bzB
Schlesische	4	99,9? bz
Badische Präm.-Anl.	4	132,90 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	135,50 bzG
do. Anl. v. 1875	4	99,90 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	131,70 bz
Sächs. Rente von 1876	3	77,50 bzG

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,90 bzB
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	104,00 B
do. do.	5	101,25 G
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	101,50 bzG
do. do. do.	5	100,25 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	105,40 G
do. rückzb. à 110	5	112,10 G
do. do. do.	4½	106,10 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	107,00 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,00 G
Hyp.-Anth. Nord.G-C-B.	5	99,6? G
do. do. Pfandbr.	5	99,00 G
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,00 B
do. do. II. Em.	5	101,60 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	119,00 bz
do. do. II. Em.	5	116,80 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	106,25 B
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,80 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	123,30 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	100,30 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,75 G
do. do.	4½	1'3,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,90 G
do. do.	4½	101,70 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	62,75 bz
do. (1./4. 1./10.)		62,90 bzG
do. Goldrente	4	74,80 bz
do. Papierrente	4⅕	62,25 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	115,60 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	122,40 etbzB
do. Credit-Loose	fr.	331,25 G
do. 64er Loose	fr.	313,25 bzG
Russ. Präm. Anl. v. 64	5	146,60 bzB
do. do. 1866	5	136,60 bzB
do. Orient-Anl. v. 1877	5	57,10 bz
do. II. do. v. 1878	5	57,10 bz
do. III. do. v. 1879	5	57,60 bz
do. Engl. v. 1871	5	88,80 bz
do. do. v. 1872	5	88,80 bz
do. Anleihe 1877	5	91,60-75etbB
do. do. 1880	4	70,70-60 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86,80 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,00 bzB
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	—
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	62,20 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,00-10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. 1 J r. 99,10 G
do. 5% Anleihe	5	99 80 bz
Ital. 5% Anleihe	5	86,30 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	91,90 G
Rumänische Anleihe	8	107,60 G
Rumän. Staats-Obligat.	6	89,60 bz
Türkische Anleihe	fr.	16,40 bzG
Ungar. Goldrente	6	92,60 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	221,25 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	89,25 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose 49 20 bz		
Türken-Loose 21,60 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	102,25 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	90,60 G
do. do. VI.	4½	103,20 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	102,00 G
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,25 G
do. B.	4½	101,90 B
do. Lit. C.	4½	101,00 B
Bresl.-Freib. Lit. DEF.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	102,00 B
do. do. J.	4½	102,00 B
do. do. K.	4½	102,00 B
do. von 1876	5	105,60 B
Breslau-Warschauer	5	103,00 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	101,50 B
do. IV.	4	99,50 bzB
do. V.	4	99,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	102,75 G
Märkisch-Posener	4½	102,50 bz
Niederschles.-Märk. I.	4	99,10 bzG
do. do. II.	4	99,10 bzG
do. Obl. I. u. II.	4	99,10 bzG
do. Obl. III.	4	98,50 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	91,40 G
do. F.	4½	102,80 bzB
do. G.	4½	102,40 B
do. H.	4½	102,75 G
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	— —
do. von 1879	4½	103,75 G
do. von 1880	4½	— —
do. Brieg-Neisse	4½	101,25 bzG
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	98,50 bz
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	101,60 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,10 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	95 30 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Charkow-Kremen. gar.	5	93,75 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	100,80 G
Dux-Bodenbach	5	84,00 bzG
do. II. Em.	5	82,00 bzG
Prag-Dux	fr.	48,30 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	84,75 G
do. do. neue	5	87,80 G
Kaschau-Oderberg	5	76,10 etbzG
do. Gold.-Prior.	5	89,50 B
Ung. Nordostbahn	5	71,30 bz
Ung. Ostbahn	5	69,40 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	78,00 G
do. do. II.	5	82,00 B
do. do. III.	5	77,70 bz
do. do. IV.	5	76,75 bz
Mährische Grenzbahn	5	64,60 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	29,60 etbzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	82 25 bzG
Oesterr.-Französische	3	376,00 B
do. do. II.	3	366,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	270,00 bz
do. neue	3	27',10 bz
do. Obligationen	5	94,90 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	97,40 bz
Warschau-Wien II.	5	102,50 G
do. III.	5	102,00 G
do. IV.	5	101 25 B
do. V.	5	100,80 G
do. VI.	5	100,60 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	2	168,15 bz
do. do.	2 M.	3	167 45 bz
London 1 Lstr.	8 T.	2½	20,355 bz
do. do.	3 M.	2½	20,265 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,60 bz
do. do.	2 M.	3½	80,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 W	6	203,95 bz
do. do.	3 M.	6	201,65 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	204,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172 15 bz B
do. do.	2 M.	4	171,50 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 284 80 G
Badische 35 Fl.-Loose 173,75 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 97,70 bz
Oldenburger Loose 151,90 B

Ducaten 9,65 bz	Dollar 4,20 bz
Sover. 20,32 bz	Oest. Bkn. 172,40 bz
Napoleon 16,145 bz	do. Silbergd — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 206,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht.	½	¾	4	28 50 bzG
Berg-Märkische	4	4¼	4	116,85 bz
Berlin-Anhalt	5	5	4	120,90 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	19,26 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	26,10 bzG
Berlin-Hamburg	10½	12½	4	231.25 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,40 bzG
Berlin-Stettin	3,65	4⅗	4	114,80 bzG
Böhm. Westbahn.	5¾	6	5	103,70 bz
Bresl.-Freib.	3¼	4¾	4	109,60 bzG
Cöln-Minden	6,3	6	4	147.30 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	93,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	7,738	4	120,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	21,40 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	56,50 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	71,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	8	9	4	202.25 G
Märk.-Posener	0	0	4	26 90 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	6	4	147,60 G
Mainz-Ludwigsh.	4	4	4	95 8? bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,50 bzG
Oberschl. A. C. D. E.	8½	9⅗	3½	206,30 bzG
do. B.	8½	9⅗	3½	165,00 bzB
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	485,50-84,50
Oest. Nordwestb.	4	4	5	320,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	166,00-57,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	48 30 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	7⁸⁄₁₀	4	160,90 B
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	60,30 bz
Rheinische	7	7	4	158,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	98,90 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	20,50 G
Rumän. Eisenbahn	2	3⅗	4	63,10 G
Schweiz Westbahn	0	0	4	25,20 bzB
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102 30 bzB
Thüringer Lit. A.	8	8½	4	177,20 bz
Warschau-Wien	9,135	11⅔	4	268,00 bzB
Weimar-Gera	4½	4½	4½	49,30 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	54,75 bzG
Berlin-Görlitzer		3⅛	5	81,60 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	38,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	3½	5	95,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	46,25 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	102,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	4½	3½	3½	85,40
do. Lit. C.	5	5	5	122,30 bzG
Marienburg-Mlawa	5	5	5	87,00 G
Ostpr. Südbahn	5	5	5	94,00 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	2¾	5	69.80 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	7⁸⁄₁₀	5	148.75 bz
Rumänier	8	8	8	— —
Saal-Bahn	0	0	5	52,30 bz
Weimar-Gera	0	0	5	32,25 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	71,80 bz
Berl. Kassen-Ver.	8⁹⁄₁₀	6⁹⁄₁₀	4	170,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	166,40 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4⅛	4	79,75 bzG
Braunschw. Bank	4½	4½	4	89,80 G
Bresl. Disc.-Bank	3	5½	4	95,75 G
Bresl. Wechslerb.	5⅚	6	4	100,25 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	88 25 G
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	5	4	111,00 G
Darmst. Creditbk.	6¾	3½	4	152,00 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5½	4	106,70 G
Dessauer Landesb.	8½	6½	4	117,25 G
Deutsche Bank	6½	9	4	147,00 bzG
do. Reichsbank	6,3	5	4½	147,10 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	91,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	6½	10	4	176 50 bzG
do. ult.	6½	10	4	177,10 6,90
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	115 50 G
do. junge	5½	7	4	112,50 G
Goth. Grundcredb.	8	5	4	89,20 G
do. junge	6	5	4	92,40 bz
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5⅓	4½	4	102,30 G
Königsb. Ver.-Bnk.	6	5	4	101,50 G
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	4⅔	4	72,80 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	10	4	149,00 G
Luxemburg. Bank	7½	10	4	140,95 etbzB
Magdeburger do.	6⁸⁄₁₀	5⅕	4	113,00 G
Meininger do.	2⅓	0	4	95,50 etbzB
Nordd. Bank	8⅘	10	4	167,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	0	4	46,40 G
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	85.00 B
Oest. Cred.-Actien	8¾	11¼	4	493-494-493
Posener Pro.-Bank	4	7	4	117,00 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	0	4	93,50 G
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	129 50 B
Sächs. Bank	6¾	6	4	120,60 B
Schl. Bank-Verein	5	6	4	107.50 bzG
Wiener Unionsbk.	5	6	4	195.50 G
In Liquidation.				
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	10 25 G
Thüringer Bank			fr.	126,00 bzG

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	4 30 bz
Märk.-Sch. Masch G	6	0	4	25,25 bzG
Nordd. Gummifab.	4	1½	4	39,00 B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	6	2	4	85 60 G
Schles. Feuervers.	21	22	fr.	1220 B
Bismarckhütte	7	12	4	115,00 G
Donnersmarkhütt.	½	1½	4	62 30 bzG
Dortm. Union	0	0	4	11,80 bzG
do. St.-P. Lit. A.	0	2	6	81,25 bzB
Königs- u. Laurab.	1½	6½	4	115,80 B
Lauchhammer	0	0	4	33,25 B
Marienhütte	2½	4	4	72,00 bzB
Cons. Redenhütte	4	8	4	160,00 bzB
do. Oblig.	6	6	6	106,00 bz
Schl. Kohlenwerke	6	—	fr.	c. 112,75 B
Schl. Zinkh.-Actien	5½	5½	4	94,25 bz
do. St.-Pr.-Act.	5½	5½	4½	100,60 bz
do. Oblig.	—	5	5	— —
Oppeln. Portl. Cem.	3½	4¼	4	65,80 G
Groschowitzer dto.	2	4	4	73,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	73,00 B
Vorwärtshütte	0	8	4	19,50 G
Bresl. E.-Wagenb.	8½	3⅛	4	77,75 G
do. ver. Oelfabr.	8½	7½	4	79,25 B
do. Strassenbahn	6	8¼	4	126,50 bzG
Erdm. Spinnerei	0	5	4	31,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	3	4	76,50 B
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	2	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	46,50 bzG
Schl. Leinenind.	5	6	4	94 25 bzG
do. Porzellan	1½	2	4	31.00 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	— —

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

§ **Breslau**, 24. Nov. [**Manufacturwaaren-Jahrmarktbericht.**] Der Verkehr auf dem Elisabethmarkte war bezüglich des Manufacturwaaren-Engros-Geschäfts ein recht schleppender. Im Allgemeinen hat dieser Markt für die genannte Branche nur dann Bedeutung, wenn das Herbstgeschäft bei den Detailleuren recht flott war, es werden dann die seit dem September-Markte in den Lägern entstandenen Lücken ausgefüllt. Dieses Jahr läßt aber das Geschäft in den Herbstmonaten viel zu wünschen übrig. Die Landbevölkerung, welche hauptsächlich die sogenannten schlesischen Manufacturwaaren, wie sie hier zum Markte gebracht werden, consumirt, hat in Folge der nicht günstigen Ernte in Getreide und Kartoffeln, besonders aber durch das fast gänzliche Fehlschlagen der Obsternte große Ausfälle in ihren Einnahmen erlitten und dadurch wesentlich an Kaufkraft eingebüßt. Am meisten gesucht waren natürlicherweise noch Winterartikel, hauptsächlich starke rohe Barchente zu Unterbeinkleidern, auch gute Muster in bunten Barchenten zu Jacken für Männer und Frauen u. s. w. waren ziemlich beachtet, doch ist selbst in diesem Artikel von einem Räumen der zu Markt gebrachten Vorräthe, wie es in günstigeren Jahren stattzufinden pflegte, nicht die Rede. Regelmäßigen Absatz für den Consum hatten alle Futterstoffe, Bleichleinen, leinene, halbleinene und baumwollene Creas, Inlet- und Züchenleinen, letztere besonders in mittleren Qualitäten, weniger in den ganz geringen; viel verkauft wurden blaue Leinwand, bedruckte Schürzen, besonders abgepaßte, auch leinene und imitirte Schürzenleinwand, Artikel, die zu Weihnachtsgeschenken viel gebraucht werden. Baumwollene Hosenzeuge waren vernachläßigt, nur in glatten baumwollenen und halbwollenen Pelzzeugen machte sich einiger Begehr bemerkbar. Flanelle, hiesigen, Bernstädter, Festenberger und Prausnitzer Fabrikats, hatten mäßigen Umsatz bei gedrückten Preisen, ebenso Filzschuhe, gestrickte und gewalkte Strümpfe. — Das Geschäft auf den Lägern der Großhändler war nicht besser, als auf dem offenen Markt, auch hier spielten Winterartikel die Hauptrolle, nächstdem wurden billige Kleiderstoffe, die sich zu Weihnachtsgeschenken eignen, ziemlich gekauft. Von den Grossisten wird vielfach über schlechten Eingang der Außenstände geklagt.

✠ **Breslau**, 25. Novbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei ausreichendem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,00 bis 21,30—22,00 Mark, gelber 18,40—20,40 bis 21,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 19,80 bis 20,40 bis 21,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste stark offerirt, per 100 Kilogr. 15,60—16,60 Mark, weiße 17,00 bis 17,80 Mark.

Hafer, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 13,20—14,00—14,60 bis 15,40 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,40—15,00—15,30 Mark.

Erbsen in matter Stimmung, per 100 Klgr. 17,50—19,00—20,50 Mark, Victoria- 21,00—22,50—24,00 Mark.

Bohnen schwach verkäuflich, per 100 Kilogr. 19,20—20,20—21,00 Mark.

Lupinen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—10,00—10,40 Mark, blaue 9,40—9,80—10,00 Mark.

Wicken behauptet, per 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten sehr fest.

Schlaglein nur feine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	24	50	23	75	22	50
Winterrübsen	23	75	23	—	22	—
Sommerrübsen	23	75	23	—	22	—
Leindotter	22	50	21	75	21	—

Rapskuchen gut behauptet, 50 Kilogr. 7,00—7,30 Mark, fremde 6,50 bis 7,00 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother feine Qualitäten gut verkäuflich, per 50 Kilogr. 32—35—38—42 Mark, hochfeiner über Notiz, weißer schwach zugeführt, 42—50—58—72 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee nominell, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee behauptet, per 50 Kilogr. 19—22—23,50 Mark.

Mehl in matter Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 31,75—32,50 Mark, Hausbacken 30,50—31,50 Mark. Roggen-Futtermehl 11,25—12,25 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—24,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Schifffahrtslisten.

Swinemünder Einfuhrliste. Memel: Alfred, Gerdin. Stettiner Dampfmühlen-Actien-Gesellschaft 133,720 Klgr. Roggen. Ordre 75 Sack Erbsen, 30,000 Klgr. Hafer. — Ystad: Willy, Lorenz. Ad. Lebzien 82,179 Kilogr. Mais.

Stettiner Unterbaumliste. 22. Novbr. Schiffer Carl Christen jun. von Demmin an Müller u. Kemp mit 3 Wisp. Weizen, 94 Wisp. Roggen. Carl Leopold von Demmin an E. Henning mit 48 Wisp. Weizen, 48 Wisp. Roggen. Joh. Giese von Usedom an Neue Mühle mit 10 Wisp. Weizen. Aug. Schröder von Stralsund an Pfeiffer u. Reimarus mit 16 W. Gerste.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Rom, 24. Novbr. Kammer. Der italienisch-rumänische Handelsvertrag wurde für dringlich erklärt. Es folgte die Debatte über die Interpellation betreffs der äußeren Politik. Mawigi beklagt die Flottendemonstration, die nicht ernst zu nehmen war, sowie die Politik der Regierung in Tunis. Massari bedauert die Demonstration gegen eine ihre Nationalität vertheidigende Bevölkerung und fragt, ob es wahr sei, daß Frankreich das ausschließliche Protectorat über die Christen im Orient beansprucht. Savini wünscht Aufklärungen über die egyptische Politik und meint, Italien dürfe in Tunis keine Eroberungen suchen, auch nicht die Herrschaft einer fremden Macht dulden. Camiani fragt, ob die Regierung alle Mittel anwendete, um Italiens Einfluß in Tunis zu erhalten und zu erhöhen. Giwragnole fragt an, ob die Regierung beabsichtige, den aus Frankreich ausgewiesenen Jesuiten den Aufenthalt in Italien zu gestatten. — Capo verlangt die Reform des Gesetzes, betreffend die Ueberwachung aus politischen Gründen. Bortolucci interpellirt über das ministerielle Rundschreiben bezüglich des Verbotes an die französischen Jesuiten, sich nach Italien zu flüchten, und verlangt, die Jesuiten sollen gleiche Freiheiten wie alle Bürger genießen. Er sagt, er erhielt ein Schreiben des Jesuitengenerals, welches versichert, auch nicht ein einziger ausländischer Jesuit flüchtete nach Italien. Mussi bestreitet die republikanischen Demonstrationen in Mailand anläßlich des Mentanadenkmals.

London, 24. Novbr. Münster hatte eine Unterredung mit Granville. — Der Privatsecretär Parnells, Mitglied der Landliga, Healy, wurde ohne Opposition zum Parlamentsmitglied für Wexford gewählt.

Washington, 24. Novbr. Das Circular des Staatsdepartements, betreffend die naturalisirten Deutschen, führte hier zu Mißverständnissen und wurde in Folge dessen zurückgezogen.

Southampton, 23. Novbr. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Donau“ ist hier eingetroffen.

Telegraphische Privat-Depesche der Breslauer Zeitung.

Wien, 25. Novbr. **Die Regierung will eine Wahlvorlage einbringen, welche folgende Hauptbestimmungen enthält: Für das Land directe Wahlen, für die Städte eine Reduction des Census von zehn auf fünf Steuergulden. — In Lemberg ver bietet die Polizei die Gedenkfeier des polnischen Aufstandes. In Graz verbietet Bischof Zwerger die kirchliche Feier für J osef II.**

Vermischtes.

[**Eine Trauung mittelst Telegraphen.**] In Albany in Missouri, an der St. Joseph- und Des Moines-Eisenbahn, verehelichte sich dieser Tage der dortige Telegraphist, Albert H. Laihan, mit seiner Braut in Indiana durch den Telegraphen, da er nicht abkommen konnte. Durch Vermittelung des Herrn Hammond, des Superintendenten der „American Union Telegraph“-Compagnie in St. Louis, ging die Sache vor sich. Die Auserkorene des Herrn Lathan, Fräulein Sarah Jarris, wohnte zu Portland, Indiana, und damit sich ihr Freier mit ihr in Verbindung setzen konnte, mußten die Depeschen der „American Union“ zu Indiaropolis auf die Drähte der „Western Union“ übertragen werden und die Antworten wiederum von den Drähten der letzteren Compagnie auf die der „American Union“. Als die Stunde herangekommen war, nämlich Nachmittags 1 Uhr 5 Min., fand folgender Depeschenwechsel statt: Bräutigam: „Kanns bald losgehen?“ — Telegraphist zu Portland: „Sie sind hier in einigen Minuten bereit.“ Darauf wurde der Depeschenwechsel durch das Eintreffen einer langen commerciellen Depesche aus Kansas City unterbrochen und erst nach 20 Min. in folgender Weise fortgesetzt: Bräutigam: „Herr Pastor David Mils in Portland, ich bin für die Trauung bereit, stellen Sie Ihre Fragen.“ — Der telegraphische Schalk in Kansas City hatte inzwischen entdeckt, was auf den Drähten vor sich ging, und griff wiederum störend in die Ceremonie ein, indem er die Depesche absandte: „Reichen Sie den Kuchen herum!“ — Dann konnte der Ehe-Telegraph fortfahren. Geistlicher in Portland: „Albert N. Lathan, wollen Sie Sarah Jarris zu Ihrem rechtmäßigen, ehelichen Weibe haben und mit ihr leben, bis der Tod Euch scheidet? Versprechen Sie das?“ — Bräutigam: „Ja, mein Herr, ich verspreche es.“ — Die malitiösen Telegraphisten zu Indianapolis störten die Ceremonie durch die an den angehenden jungen Gatten gerichtete Depesche: „Zittere, Du bist verloren!“ — Aus St. Louis telegraphirte man: „Sie machen sich wahrscheinlich nichts daraus, wer Präsident wird.“ — Aus Kansas City ließ sich der bereits erwähnte Schalk vernehmen: „Schickt uns eine Flasche Wein und ein Stück Kuchen!“ — Nun wieder der Ehe-Telegraph: Geistlicher zu Portland: „Kraft der mir übertragenen Autorität erkläre ich Euch hiermit für Mann und Weib.“ — Junger Gatte: „Frau Lathan, wann reisest Du ab? Soll ich Dich in St. Joseph oder in Isidora treffen?“ — Jetzt trafen von den Collegen des Verheiratheten von allen Seiten Glückwünsche ein. Ein von dem Gatten nach allen Seiten telegraphirtes „Danke!“ brachte die Sache endlich zum Abschluß.

Literarisches.

Die im Verlage von Otto Janke in Berlin erscheinende „**Deutsche Romanzeitung**“ hat das erste Quartal ihres nunmehr achtzehnten Jahrganges mit ebenso stofflich fesselnden als künstlerisch werthvollen Beiträgen von zweien unserer hervorragendsten Autoren begonnen. Während Rudolf Gottschall's in der großen französischen Revolution spielender Roman „Das Fräulein von St. Amaranthe“ ein auf sorgfältigen Studien beruhendes, farbenreiches und im Glanze einer poetischen, geistvollen Diction schimmerndes Zeitbild entrollt, das sich, abgesehen von der geschickten Composition, durch die scharfe, prägnante Charakteristik der Revolutionsmänner auszeichnet, vertieft sich Leopold Kompert in „Franzi und Heini“ mit eindringendem psychologischen Scharfblick in die Kinderseele und schafft ein Seelengemälde von ergreifender Wirkung. Robert Hamerling schildert in einer kürzeren Erzählung: „Die Waldsängerin“, in höchst origineller Weise den Einfluß tiefen seelischen Schmerzes auf die künstlerische Entwickelung eines genialen Jünglings. Daran schließen sich ein Roman von A. Brook: „Licht und Schatten“, in welchem die beliebte Verfasserin das Palladium der bürgerlichen Tüchtigkeit vertheidigt, und „Palette und Feder“, eine Künstlergeschichte vom Niederrhein von C. Wilms. Für die Folge verspricht die Verlagsbuchhandlung außer Erzählungen von Hermann Lingg und Maurus Jókai namentlich einen neuen historischen Roman: „Die Falkner von St. Vigil“ von Robert Schweichel, dem feinsinnigen Novellisten, der mit seinem „Bildschnitzer vom Achensee“ einen so schönen und nachhaltigen Erfolg errungen, und Romane von Ernst Pasqué, Adelheid v. Auer ꝛc. vervollständigen dies reichhaltige Programm, welches den Beweis führt, daß die „Deutsche Romanzeitung“ sich ihrer Aufgabe, ein treues Spiegelbild der Entwickelung unserer erzählenden Literatur zu bieten, mit Consequenz und steigendem Erfolge bewußt bleibt. Das von Robert Schweichel redigirte Feuilleton, welches sich bestrebt, die Erscheinungen unseres öffentlichen Leben n Gesellschaft, Kunst, Literatur in objectiver Weise zu reflectiren, erhöht in seiner Eigenartigkeit den Werth des Blattes.

Hellas und Rom von Jakob v. Falke. Verlag von W. Spemann, Stuttgart.

Die Hefte 31 bis 35 liegen uns heute vor und mit ihnen ist das prächtige Werk zu seinem Abschluß gelangt. Wiederholt hatten wir während des Erscheinens der einzelnen Lieferungen Veranlassung genommen, unsere Leser auf dieses Prachtwerk hinzuweisen, welches eine Zierde des deutschen Büchermarktes zu werden versprach. Jakob v. Falke, der gediegene Kenner des classischen Alterthums, der mit allen Vorzügen des tüchtigen Forschers die Gabe eines anziehenden und fesselnden Darstellers verbindet, hat in diesem Werke eine glänzend geschriebene, umfassende Culturgeschichte der Römer und Griechen geliefert, die Verlagshandlung aber hat dafür Sorge getragen, daß die äußere Ausstattung dem gediegenen Inhalt entspricht. Zahlreiche Illustrationen, theils Vollbilder, theils dem Texte einverleibt, zieren das Werk und dienen dazu, dem Leser die Sitten und Gebräuche der Alten, ihre hervorragendsten Kunstwerke, ihre Prachtbauten u. s. w. vor Augen zu führen; für die Trefflichkeit der Holzschnitte bürgen die Namen der Künstler Adolf, Cloß, W. Hecht, H. Käseberg, Oertel, Th. Knesing; die Bilder, nach denen die Holzschnitte hergestellt sind, rühren von unseren ersten Meistern her. — Das Werk zerfällt in zwei Abschnitte, von denen der erste Hellas, der zweite Rom umfaßt, jeder Theil behandelt in eingehender Weise die Staatsgeschichte, Leben und Sitten, Kunst und Literatur. — Da die Verlagshandlung auch für die Herstellung einer prachtvollen Einbanddecke gesorgt hat, so eignet sich das Werk ganz vorzugsweise als passende Festgabe.

Neue musikalische Zeitschrift. Es liegen die ersten drei Hefte einer musikalischen Wochenschrift für die Familie und den Musiker vor, welche unter dem Titel „Musikwelt“ seit Ende October in Berlin erscheint. Herausgeber und Redacteur ist Herr Max Goldstein. Der Prospect führt bedeutende Namen, wie Hans v. Bülow, Ehlert, Hanslik, Herrig, Ehrlich, Reuleaux, St. Saëns u. A. als Mitarbeiter auf. An der Spitze steht ein von Ehlert zur Einführung geschriebener Aufsatz „Auf den Weg“. Eine längere Arbeit von Dr. Paulus Kassel „Aus dem Königreich des Gral“ verbreitet über die Tannhäuser-, Lohengrin- und Parcival-Sage und auch über die Wagner'sche Bearbeitung derselben neues, höchst eigenthümliches Licht und fesselt durch Schärfe des kritischen Geistes. Ein Herr G. Dömpke zieht in einem geistvollen, gut geschriebenen Aufsatz über „Händelianer und Bachianer“ mit überzeugendem Muthe und eindringlicher Sachkenntniß gegen die Verirrungen blinden Auctoritätsglaubens zu Felde. Wenige musikalische Leser sind von dem als rühriger Mitarbeiter auftretenden Herausgeber mit interessanten Aufsätzen über Offenbach, R. Wagners Sensation erregende Schrift über „Religion und Kunst“ und Rubinsteins neueste Oper „Der Dämon“ bedacht. In der vierten Nummer findet sich eine Besprechung des Liszt'schen Buches über Chopin und ein Aufsatz über den neuen „Beethoven-Cultus zu Meiningen“. Wir bleiben auch auf dem Laufenden über die bedeutenderen musikalischen Tagesereignisse der Hauptstadt, und zur Vervollständigung jedes einzelnen Heftes dienen ein „Führer durch die musikalische Literatur“ und „Notizen aus der Tagesgeschichte“ als stehende Rubriken. Also, Alles in Allem genommen, wird Gutes, Interessantes und Nützliches in reicher Fülle geboten, und kann man, wenn der Fortgang dem Anfange entsprechend ist, der übrigens auch durch solide, fast elegante Ausstattung sich empfehlenden Zeitschrift ein glückliches Gedeihen prognosticiren. Der Abonnementspreis beträgt 4 Mark für das Vierteljahr.

Die Baumaterialien ꝛc. bearbeitet von Otto Schmidt. (Berlin, Th. Hofmann.) Der Titel dieses Buches kennzeichnet die Wichtigkeit desselben. Die (beiden) hervorragendsten Factoren des Baufaches, welche vereint die Solidität begründen, sind: Material und Construction. — Von der gleichmäßig gewissenhaften Berücksichtigung und Behandlung derselben ist die Dauerbarkeit abhängig; richtige Construction ist nur dann von Werth, wenn dieselbe sich auf die Dauerhaftigkeit der anzuwendenden Materialien stützen kann. Um die Letzteren kennen zu lernen, beurtheilen und behandeln zu können, bietet das erwähnte Lehrbuch eine außerordentliche Gelegenheit. — Ungemein klar und leicht verständlich spricht sich dasselbe speciell über alle Arten von Baumaterialien aus. Es ist als besonders schätzenswerth hervorzuheben, daß darin hervorragende Fabriken und Fabrikate nicht allein Erwähnung finden, sondern daß dieselben auch einer genaueren Beurtheilung unterworfen werden. Das Buch kann daher nicht allein Fachgenossen, sondern auch technischen Unterrichts-Anstalten auf das Wärmste empfohlen werden.

Wir machen auf die soeben im Trewendt'schen Verlage erschienene sechste Auflage der „**Vagabunden**“ von Karl v. Holtei aufmerksam. Es ist gewiß schon ein Beweis für die Trefflichkeit eines Buches und ganz besonders eines Romans, das Bedürfniß einer sechsten Auflage hervorgerufen zu haben, aber gerade für Holtei bedürfte es bei uns überhaupt wohl keines neuen Beweises seiner Beliebtheit. Der Verleger bietet den dreibändigen Roman zu einem so billigen Preise, daß es auch weniger bemittelten Verehrern des Dichters möglich ist, ihn ihrer Büchersammlung einzuverleiben. Das Bild des Dichters ist gewiß eine recht angenehme Zugabe. —d.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.